

Abschlussbericht

Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

"Internationales Fachforum 'Umweltpolitik 3.0' anlässlich des 30. Jahrestages der Atom-Katastrophe von Tschernobyl sowie der Gründung des Bundesumweltministeriums"

FKZ: UM16112032

Projektleitung:

Karola Braun-Wanke
Freie Universität Berlin
Forschungszentrum für Umweltpolitik
Ihnestraße 22
14195 Berlin
Tel: 030 838 54492
Email: karola.braun-wanke@fu-berlin.de

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen:

Dr. Bianca Schemel, Bettina Tacke

Inhaltsverzeichnis

I. Kurze Darstellung	4
1. Aufgabenstellung	4
2. Voraussetzungen	5
3. Planung und Ablauf des Vorhabens	5
3.1. Teilnahme an der Lenkungsgruppe	5
3.2. Konzept zur Gewichtung und Strukturierung der Programmt Themen	5
3.3. Kriterienkatalog zur wissenschaftlichen Bewertung der Beiträge	6
3.4. Entwicklung Gesprächsleitfaden & Telefonate	6
3.5. Beratung und Unterstützung EMAS-Zertifizierung der Veranstaltung.....	6
3.6. Unterstützung bei konzeptionellen Überlegungen	7
3.7. Fachliche Prüfung	7
3.8. Empfehlung von programmbegleitenden Inhalten	7
3.9. Dokumentationskonzept	7
3.10. Fachlicher Entwurf eines Anmelderasters für Veranstaltungsformate	8
3.11. Dokumentation der Veranstaltung.....	8
4. Wissenschaftlicher und technischer Stand	8
4.1. Wissenschaftliche Begleitung/Vorbereitung des Fachforums.....	8
4.2. Dokumentation.....	8
5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen	11
II. Eingehende Darstellung	12
1. Erzieltes Ergebnis	12
A. Der Debattenkongress – ein Kongress der Zukunft	12
A.1 Genese des „Festivals der Zukunft“	12
A.2 Umweltpolitik mal anders – Das Konzept	13
A.3 Die Umsetzung des „Festivals der Zukunft“	15
A.4 Die Panels des Bundesumweltministeriums	16
A.5 Die Resonanz auf das „Festival der Zukunft“	18
A.6 Ein nachhaltiger Debattenkongress durch EMAS.....	19
B. Das „Festival der Zukunft“ als Impulsgeber für eine zukünftige Umweltpolitik	20
B.1 Einleitung.....	20
B.2. Die Ergebnisse im Überblick.....	20
B.3. Wichtige umweltpolitische Themen.....	22
B.3.1. Klimawandel.....	22
B.3.2. Energieversorgung	24
B.3.3. Mobilität	26
B.3.4. Landwirtschaft & Ernährung	29
B.3.5. Wirtschaftssystem/Ressourcenverbrauch/Konsum	32
B.3.6. Naturschutz.....	34
B.3.7. Urbanisierung.....	36
B.3.8. Umweltgerechtigkeit	38
B.4. Visionen 2030	40
B.5. Forderungen und Handlungsbedarfe	42
B.5.1. Unsere Umwelt sollte die Grundlage unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns sein	42
B.5.2. Wir benötigen ein anderes, nachhaltiges Wirtschaftsmodell.....	44
B.5.3. Wir brauchen einen weitreichenden gesellschaftlichen Bewusstseins- und Wertewandel	47
B.5.4. Umweltpolitik sollte die Bevölkerung als Change Agent begreifen und Partizipation fördern	48
B.5.5. Wir fordern gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit – national und international.....	49
B.6. Wege und Instrumente.....	51

B.6.1. Konkrete Leitbilder und Visionen entwickeln	51
B.6.2. Governance der Wirtschaft.....	52
B.6.3. Demokratie stärken und politische Teilhabe fördern	55
B.6.4. Vom Wissen zum Handeln – Bildung, Forschung und Innovationen fördern	56
B.6.5. Positives Image befördern – Kommunikation verbessern	58
2. Verwertbarkeit der Ergebnisse.....	59
3. Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen	60
4. geplante Veröffentlichungen	61
Literaturverzeichnis.....	62
Anhang	66
Akteurinnen und Akteure des „Festivals der Zukunft“	66
Programm	70

I. Kurze Darstellung

1. Aufgabenstellung

Anlässlich des 30. Jahrestages der Atom-Katastrophe von Tschernobyl und des 30. Jahrestages der Gründung des Bundesumweltministeriums wurde am 10. und 11. September 2016 das internationale Forum „Umweltpolitik 3.0“ (Arbeitstitel) mit der Bezeichnung „Festival der Zukunft“ in Berlin umgesetzt. Das Forum richtete sich insbesondere an Experten und Expertinnen aus Verbänden und Wissenschaft. Im Sinne eines interdisziplinären Austauschs wurden auch Vertreter und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Institutionen, aus Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft sowie zudem mit einem begleitenden Rahmenprogramm alle Interessierten angesprochen.

Geplant war ein in allen Programmpunkten dialogorientierter Debattenkongress als Konvent internationaler Experten und Expertinnen der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik, die auf der Veranstaltung die Möglichkeit erhielten, in unterschiedlichen thematischen Foren ihre Beiträge einzubringen.

Mit diesem Forschungsvorhaben sollten der Fachdebatte über die Entwicklung der Umweltpolitik seit 1986 und ihrer Entwicklungsperspektiven unter Beteiligung einschlägiger Verbände, Initiativen sowie Experten und Expertinnen aus Wissenschaft und Umweltpolitik Impulse gegeben werden.

Thematisiert und analysiert werden sollten mit dem „Festival der Zukunft“:

- Entwicklung, Stationen und (Miss-)Erfolge deutscher Umweltpolitik in den vergangenen drei Jahrzehnten
- Zusammenwirken deutscher und internationaler Entwicklungen in der Umweltpolitik
- Rolle der Atom-Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima für die Entwicklung der deutschen und internationalen Umweltpolitik sowie der Umgang mit den atomaren Hinterlassenschaften der Atomenergienutzung vor dem Hintergrund der Endlagersuche in Deutschland
- Rolle der Bürgergesellschaft für die Entwicklung der Umweltpolitik
- Rolle der Umweltpolitik für die Entwicklung von Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit
- Debatte über die Zukunft ökologischer Politik; Chancen der Integration von Umwelt und Bauen
- Smart Cities – Wie grün müssen unsere Städte werden?
- Ökologisches Bauen – Modetrend oder Konzept für die Zukunft?
- Von GreenTec bis Green Investment: Wirtschaft und Umwelt
- Good Governance in der Umweltpolitik: Chancen und Risiken einer Zusammenlegung des Umweltressorts mit anderen Zuständigkeiten

Die auf dem Debattenkongress dargebotenen Inhalte sollten als Grundlage für Ableitungen der programmatischen Ausrichtung der deutschen und europäischen Umweltpolitik unter Berücksichtigung der Themenfelder Bauen und Stadtentwicklung dienen können. Ziel des Vorhabens war es, eine zusätzliche inhaltliche Fundierung der legislativen und exekutiven Arbeit des Bundesumweltministeriums zu erreichen.

Das Fachforum selbst sollte umweltverträglich und nachhaltig ausgerichtet werden. Bisherige Erfahrungen mit nachhaltigem Veranstaltungsmanagement sollten berücksichtigt und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Dies galt vor allem für die Vorgabe und Anwendung von Kriterien für das umweltverträgliche Verhalten von Vertragspartnerinnen und -partnern (etwa Aussteller/Veranstalter). Ziel war die EMAS-Registrierung der Veranstaltung. Die wesentlichen Ergebnisse des Debattenkongresses einschließlich wesentlicher Zielerreichung im Rahmen der EMAS-Teilnahme wurden in einer Dokumentation veröffentlicht. Die Publikation sollte ein Desideratum in der einschlägigen umweltwissenschaftlichen bzw. politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur füllen. Denn die Verbindung einer Retrospektive umweltpolitischer Programme und Initiativen der vergangenen Jahrzehnte mit einer Vorausschau künftiger Handlungsfelder einer integrierten Umwelt-Baupolitik ist noch nicht geleistet worden.

Bestandteil des Vorhabens waren die konzeptionelle und wissenschaftliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Veranstaltung.

2. Voraussetzungen

Die inhaltliche Begleitung der Vorbereitung erfolgte auf der Basis der vom Bundesumweltministerium gebilligten Vorlage der Konzeption des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU Berlin), die als Grundlage Teil der Ausschreibung gewesen war.

Das Projekt wurde unter der Leitung von Karola Braun Wanke (FFU) und mit den freien wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Bettina Tacke und Dr. Bianca Schemel durchgeführt.

3. Planung und Ablauf des Vorhabens

3.1. Teilnahme an der Lenkungsgruppe

Zur Steuerung und Planung des Fachforums fanden regelmäßige Besprechungen statt, an denen die AN (Auftragnehmer) mit mindestens einer Person teilnahmen.

3.2. Konzept zur Gewichtung und Strukturierung der Programmt Themen

Der AN erstellte nach Eingang der ersten Anmeldungen ein schriftliches Konzept zur Strukturierung der gesamten Veranstaltung. Die einzelnen Veranstaltungen im Rahmen des Fachforums wurden Themenclustern zugeordnet und zur Orientierung der Besucherinnen und Besucher farblich gekennzeichnet. Die fünf Themencluster lauteten: Naturschutz & Artenvielfalt, Klimaschutz & Energiewende, WeltUmwelt & Gerechtigkeit, Arbeit & Wirtschaft sowie Stadt, Land & Leben.

Zudem wurden Kontroversen im Prozess der nachhaltigen Entwicklung sowie die zentrale Fragestellung: „Quo vadis deutsche Umweltpolitik? Zukunftsstrategien deutscher Umweltpolitik“ im Programm inhaltlich implementiert. In Form von Statements, Sprechblasen, Tweets u.ä. sollten die Akteure und Besucher der Veranstaltung ihre Ideen, Handlungsanweisungen, Strategien und Visionen für die deutsche Umweltpolitik der Zukunft dokumentieren.

Zudem wurde das „Festival der Zukunft“ durch ein Eröffnungs- und Abschlusspanel mit entsprechend thematischer Ausrichtung und Gästen gerahmt.

3.3. Kriterienkatalog zur wissenschaftlichen Bewertung der Beiträge

Der AN hat Leitlinien zur Bewertung der eingereichten Beiträge entwickelt:

Leitlinie 1: Kontroverse Veranstaltungen fördern

Leitlinie 2: Zielstellung in die Formate integrieren

Leitlinie 3: Inhalte stimmen mit Themen der Themen-Cluster überein

Leitlinie 4: Partizipative Beiträge

Leitlinie 5: Output-Orientierung

Entsprechend der Leitlinien hat der AN Kriterien entwickelt über die die abschließende Bewertung der Beiträge in einer Skala von „trifft voll zu“ bis „trifft gar nicht zu“ nach Punkten vorgenommen wurde. Die Kriterien lauteten im Überblick:

Die Veranstaltung behandelt inter- und transdisziplinäre Kontroversen von umweltpolitischen Fragestellungen.

Die Veranstaltung ist schlüssig und kongruent.

Die Veranstaltung ist von gesellschaftlicher und umweltpolitischer Relevanz.

Die Veranstaltung hat Strahlkraft wegen beteiligter Personen oder eines Trendthemas.

Die Veranstaltung produziert Output für Publikation.

Die Veranstaltung orientiert sich an der Zielgruppe.

Die Veranstaltung hat ein innovatives oder partizipatives Format.

Die Veranstaltung hat einen renommierten Ausrichter.

Den Kriterien folgend hat der AN stichprobenartig einzelne Beiträge überprüft und abschließend an das Bundesumweltministerium übermittelt.

3.4. Entwicklung Gesprächsleitfaden & Telefonate

Der AN entwickelte einen Gesprächsleitfaden, der zum einen die qualitativen inhaltlichen Anforderungen an die Beiträge beschrieb, zum anderen die inhaltliche Strukturierung der gesamten Veranstaltung für die Programmpartner zusammenfassend darstellte. Die wesentlichen Punkte des Gesprächsleitfadens lauteten:

Interessenten würdigen

Zielgruppe erläutern

Partizipative und innovative Veranstaltungsformate fördern

Zielstellung und Themen-Cluster erläutern

Kontroversen fördern

Output-Orientierung

Praktisch-organisatorische Abfragen

In Absprache mit dem AG (Auftraggeber) führte der AN mit Programmpartnern entsprechend dem Leitfaden Telefongespräche.

3.5. Beratung und Unterstützung EMAS-Zertifizierung der Veranstaltung

Der AN nahm an insgesamt vier Treffen des Umweltausschusses zur EMAS-Zertifizierung der Veranstaltung beratend teil. Die rund 40-seitige Umwelterklärung wurde mehrfach fachlich geprüft und ergänzt. Insbesondere in Hinblick auf die Kernindikatoren der EMAS-Zertifizierung gingen Berechnungen und Literatur-Recherchen des AN mit in die Umwelterklärung ein (Indikatoren Abfall, Energie, Wasserverbrauch und Carbon-Footprint). Mit Beteiligten der EMAS-Zertifizierung, unter anderem dem Campus-Manager des Veranstaltungsortes, den

Abfallentsorgern, Lieferanten und Vertragspartnern und der Agentur gab es einen intensiven Austausch zur Carbon-Footprint-Berechnung. Gemeinsam mit dem Umweltgutachter fanden während der Veranstaltung am 10. und 11. September 2016 mehrstündige Beratungen und Begehungen statt, an denen der AN beratend teilnahm. Das EMAS-Zertifikat wurde dem „Festival der Zukunft“ erteilt. Der AN arbeitete an Merkblättern (in barrierefreier Fassung) zu verschiedenen Aspekten einer umweltgerechten Organisation der Veranstaltung selbst und der Aktivitäten der Partnerinnen und Partner mit (z.B. zu Mülltrennung, Wasserverbrauch, Mobilität, EMAS).

3.6. Unterstützung bei konzeptionellen Überlegungen

Der AN unterstützte den AG fortlaufend bei konzeptionellen Überlegungen zur Veranstaltung. Das betraf insbesondere die thematische Fokussierung und die inhaltliche und personelle Ausgestaltung der BMUB-Panels. Die jeweiligen Panels wurden inhaltlich beschrieben und durch Leitfragen konkretisiert.

3.7. Fachliche Prüfung

Während des gesamten Anmeldezeitraums und nach Abschluss der Anmeldungen wurden alle eingegangenen inhaltlichen Beiträge geprüft. Es wurden zielgruppenspezifische, thematische, auf Akteure und Formate bezogene Empfehlungen und Hinweise gegeben. Beispielsweise wurde die Einbeziehung von Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen der Gewerkschaft, der Wissenschaft oder Nachhaltigkeitspionieren empfohlen und auf fehlende Familien- und Kinderangebote hingewiesen. Fortlaufend wurden die Programmbeiträge in die Themencluster verortet.

3.8. Empfehlung von programmbegleitenden Inhalten

Fortlaufend gab der AN Empfehlungen zu programmbegleitenden Beiträgen, wie z.B. die Durchführung von Paneldiskussionen zu den einzelnen thematischen Clustern oder einzelne Beiträge von Künstlern und Künstlerinnen oder Workshops für Familien und Kinder, um neben dem Fachpublikum auch interessierte Bürgerinnen und Bürger auf das „Festival der Zukunft“ aufmerksam zu machen.

3.9. Dokumentationskonzept

Der AN erstellte ein Dokumentationskonzept zur Veranstaltung. Da das Fachforum als eine partizipative Veranstaltung mit vielen Akteurinnen und Akteuren der Umweltpolitik konzipiert war, fragt die Dokumentation nach der Umweltpolitik der Zukunft. Dementsprechend zielt die wissenschaftliche Dokumentation darauf ab, zu analysieren, welche Visionen und Bilder eines nachhaltigen Deutschland 2030 die Akteurinnen und Akteure haben, welche Herausforderungen sie sehen und welche politischen Wege sie für die Umsetzung ihrer Vision einschlagen wollen. Es wurde eine Erhebungsstrategie entworfen, um Antworten zu diesen Fragen von Referenten, Besuchern und digital an der Veranstaltung interessierten Personen zu ermitteln. Für die Referentinnen und Referenten wurde vom AN ein Briefing in deutscher und englischer Sprache verfasst.

Die Ergebnisse der Erhebung wurden in die laufenden umweltpolitischen Debatten und Strategien und insbesondere in das IUP eingeordnet. Der Fokus lag dabei auf Hemmnissen und Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Transformation von einer Umweltpolitik der Zukunft.

3.10. Fachlicher Entwurf eines Anmeldeasters für Veranstaltungsformate

Die teilnehmenden Akteurinnen und Akteure wurden nach ihrer Anmeldung über inhaltliche Kriterien, die Einordnung in thematische Cluster und die Dokumentation informiert.

3.11. Dokumentation der Veranstaltung

Der AN war bei der Begehung des Veranstaltungsortes und dem Briefing am Vortag der Veranstaltung anwesend und wies alle Beteiligten auf die Anforderungen in Zusammenhang mit der Umsetzung des Dokumentationskonzeptes hin. Zudem war der AN während der beiden Veranstaltungstage beständig anwesend, um die Evaluation der Veranstaltung zu gewährleisten. Dazu wurden ausgewählte Veranstaltungen besucht und evaluiert, ca. 50 audioaufgezeichnete Interviews mit Besucherinnen und Besuchern durchgeführt und die Ergebnisse der Befragungen der Referenten und Referentinnen gesammelt. Die Sammlung, Sichtung und Bewertung aller Ergebnisse gemäß der unten angegebenen Liste ist erfolgt.

Was wird erhoben?	Wer wurde befragt?
Statements aus den Workshops, Diskussionen etc.	Referentinnen, Referenten & Besucherinnen, Besucher
Statements aus BMUB-Panels Interviews mit BesucherInnen des FdZ	Panelgäste (individuell) Besucherinnen, Besucher
Fragen an die Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks #BMUB 30	Besucherinnen, Besucher
Social Media Beiträge	Besucherinnen, Besucher
Graphic Recording BMUB-Panels	
Rasende Reporterin	Besucherinnen, Besucher
Event-App	Besucherinnen, Besucher

4. Wissenschaftlicher und technischer Stand

4.1. Wissenschaftliche Begleitung/Vorbereitung des Fachforums

Der AN knüpfte an das durch das FFU und durch das BMUB gebilligte Konzept zum Fachforum an. Insbesondere auf die Umsetzung der vorgeschlagenen Themen, eine Vielfalt der Formate und die Verankerung von Kontroversen wurde bei der wissenschaftlichen Begleitung geachtet.

4.2. Dokumentation

Ziel der Dokumentation war es, aus einer wissenschaftlichen Perspektive das Fachforum mit seiner Vielzahl an Angeboten, Themen und Ergebnissen darzustellen, zu analysieren und zu bewerten. Zudem sollten Perspektiven und Impulse aus dem „Festival der Zukunft“ kondensiert und gewinnbringend für die Weiterentwicklung der umweltpolitischen Debatte genutzt werden.

Explorative Studie – Eine Vorbemerkung

In der Studie wurden Besucherinnen und Besucher, Referentinnen und Referenten, Panelgäste sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Debattenkongresses zu ihren Vorstellungen einer Umweltpolitik der Zukunft befragt. Explorativ wurde vorgegangen, um neue, bisher nicht erfasste Daten zu erschließen und aus diesen Ideen und Impulse für eine Umweltpolitik der Zukunft abzuleiten. Die Vorgehensweise wurde zudem gewählt, um auch in der Erhebung den partizipativen Charakter, der den Debattenkongress kennzeichnete, aufzunehmen und die Stimmen der teilnehmenden umweltpolitischen Akteure und Interessierten zu einer zukünftigen Umweltpolitik einzufangen und darzustellen. Die gewonnenen Eindrücke können zur Vorbereitung weitergehender Studien dienen.

Festzuhalten ist, dass die Ergebnisse dieser Studie keine statistisch abgesicherte Aussagefähigkeit darstellen, da nur die Aussagen von umweltpolitisch Engagierten, Fachleuten und Interessierten auf dem „Festival der Zukunft“ erfragt wurden. Die Befragten sind demnach nicht repräsentativ ausgewählt und die Anzahl der erhobenen Statements bilden keine Grundlage für eine statistisch valide quantitative Untersuchung. Die Erkenntnisse stellen dementsprechend keine quantifizierbaren Ergebnisse dar, sondern beschreiben und analysieren explorativ Impulse und Perspektiven umweltpolitischer Akteurinnen und Akteure, die am „Festival der Zukunft“ teilgenommen haben.

Dennoch konnten mit der Vorgehensweise Blitzlichter auf gegenwärtige und zukünftige Umweltpolitik eingefangen und ungefilterte Eindrücke zum Debattenkongress gesammelt werden. Diese Eindrücke erlauben nun einen Überblick zu Visionen, Themen, Herausforderungen, Wegen und Instrumenten einer zukünftigen Umweltpolitik aus Sicht der Teilnehmenden und Gestaltenden des „Festivals der Zukunft“.

Zentrale Fragestellungen

Im Mittelpunkt der Erhebung standen vier zentrale Fragestellungen zur Umweltpolitik der Zukunft. Diese orientierten sich an den Fragen, die im Rahmen des Bürgerdialogs zum Integrierten Umweltprogramm gestellt wurden (BMUB d: 2016). Die vier zentralen Fragen lauteten:

Was ist für Sie das wichtigste, drängendste umweltpolitische Thema?

Welche Vision haben Sie für das Jahr 2030 in Bezug auf ihr Thema?

Welche umweltpolitischen Herausforderungen und welchen Handlungsbedarf sehen Sie in Bezug auf Ihr Thema und Ihre Vision?

Welche politischen Schritte sind aus Ihrer Sicht notwendig, um Ihre Vision Wirklichkeit werden zu lassen?

Wer wurde wie befragt?

Die obengenannten Fragen zu einer Umweltpolitik der Zukunft wurden im Rahmen des Debattenkongresses mittels verschiedener Befragungen erhoben, die sich wie folgt darstellen:

Statements der Besucherinnen und Besucher des „Festival der Zukunft“

An den zwei Veranstaltungstagen wurden mit 55 Besucherinnen und Besuchern des Debattenkongresses Audiointerviews zu den obengenannten zentralen Fragestellungen durchgeführt. Die Interviews wurden anschließend transkribiert.

Statements aus den einzelnen Veranstaltungen des Debattenkongresses

Alle Referentinnen und Referenten wurden vorab telefonisch und per E-Mail gebeten, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihrer Veranstaltungen obengenannte Fragen in Bezug auf ihr Veranstaltungsthema zu diskutieren. In jedem Veranstaltungsraum wurden für die Statements

Boxen mit Infozetteln aufgestellt, in denen die Statements gesammelt wurden. Darüber hinaus wurde auch die Übermittlung der Statements via E-Mail oder WhatsApp ermöglicht. Aus den Veranstaltungen erreichten uns 31 Statements.

Statements der Referentinnen und Referenten

Mittels einer Onlinebefragung durch SurveyMonkey wurden nach dem Debattenkongress nochmals alle Referentinnen und Referenten um Statements zu obengenannten umweltpolitischen Fragen gebeten. Die Befragung hatte einen Rücklauf von 11 Antworten.

Statements aus den BMUB-Panels

Die Themensetzung der Panels und die Auswahl der Gäste erfolgten gemeinsam durch FFU und BMUB. In die Diskussion wurden von Seiten des BMUB die obengenannten Fragestellungen verankert und so diskutierten die eingeladenen Gäste umweltpolitische Herausforderungen, Handlungsbedarfe und Visionen in den themenspezifischen Panels.

Einige der Panels wurden per Video aufgezeichnet und sind online abrufbar. Diese wurden für die Erhebung exzerpiert. Statements aus diesen Panels und von folgenden Gästen wurden in die Untersuchung aufgenommen: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“, „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten“, „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

Ergänzend wurden in die Erhebung die Bilder des *Graphic Recording* folgender Panel aufgenommen: „Betonwüste mit Elektroantrieb? Wie grün ist die Stadt der Zukunft?“, „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten“, „Blockierer oder Garant der Zukunft? Wozu Naturschutz?“, „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“. Eingang fanden ebenfalls einige *Social-Media-Statements*. Dazu gehören sowohl die mittels Storify aufgezeichneten Facebook- und Twitter-Kommentare als auch die Fragen an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.

Wie wurden die erhobenen Statements analysiert?

Im ersten Arbeitsschritt wurden die erhobenen Daten nach den vier zentralen Fragestellungen gegliedert. Zunächst wurden die umweltpolitischen Themen in ihrer Anzahl erfasst und in einer Wortwolke entsprechend der Nennungen dargestellt.

Im nächsten Arbeitsschritt wurden unter Auslassung redundanter, singulärer und zu spezifischer Aussagen Thesen zu den Forderungen und Handlungsbedarfen sowie zu den Wegen und Instrumenten extrapoliert. Weiterhin wurden alle Aussagen in den Kontext des thematischen Sachstandes, der gegenwärtigen wissenschaftlichen Debatten und gegenwärtiger Umweltpolitik eingeordnet. Zu diesem Zweck wurde mittels desk research relevante Fachliteratur erfasst und die Aussagen dazu in Bezug gesetzt. Im letzten Schritt wurden alle Aussagen daraufhin analysiert, inwiefern sich Bezüge zwischen den umweltpolitischen Themen und Aussagen aus dem Integrierten Umweltprogramm 2030 (IUP)(BMUB 2016a) dem nationalen Klimaschutzplan 2050 (BMUB 2016b) und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Die Bundesregierung 2017) herstellen lassen.

Im Anhang des Schlussberichts befindet sich eine Liste der verwendeten Fachliteratur für die wissenschaftliche Begleitung und Planung und die Dokumentation der Veranstaltung.

5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen

Für das FE-Vorhaben arbeitete der AN eng mit dem Presse- und Informationsstab (PI) des BMUB, insbesondere dem Referat ÖA und dem Referat Veranstaltungen sowie mit der Agentur Vagedes & Schmid zusammen.

II. Eingehende Darstellung

1. Erzieltes Ergebnis

A. Der Debattenkongress – ein Kongress der Zukunft

A.1 Genese des „Festivals der Zukunft“

„Vor 30 Jahren wurde das Bundesumweltministerium gegründet - gewissermaßen als Reparaturbehörde für die Nachwirren des Chernobyl-Desasters. Heute ist dieses Ministerium ins Zentrum des strategischen Diskurses über die Zukunft der Moderne gerückt und hat damit kritische politische Bedeutung erlangt. Insbesondere bei der Umsetzung des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 muss und kann das BMUB eine treibende Kraft in Deutschland, Europa und der ganzen Welt sein.“

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)

2016 liegt die Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unter dem Kabinett Kohl 30 Jahre zurück. Auslöser war die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986. Wesentlich dazu beigetragen hat auch der jahrelange Druck der Umwelt- und Antiatomkraftbewegung. Der Super-GAU am 26. April 1986 war insgesamt der Beginn eines gesellschaftlichen und politischen Prozesses, der im Jahr 2001 zur Atom-Ausstiegsvereinbarung der Bundesregierung mit den Energieversorgern geführt hat. Sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene wurden in der Zeit des dreißigjährigen Bestehens des Bundesumweltministeriums viele umweltpolitische Erfolge erzielt. An dieser Stelle seien exemplarisch nur einige genannt: das Klimaschutzabkommen von Paris, das Einleiten der Energiewende und der Ausstieg aus der Atomenergie, der Schutz der Ozonschicht und das Verbot von FCKW, der verbesserte Umgang mit Müll und Abfällen sowie die Agenda 21 oder die CO₂-Steuer für Autos. Gleichwohl bestehen mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft weiterhin große Herausforderungen.

30 Jahre waren 2016 ein Grund zum Feiern und Diskutieren: Das Bundesumweltministerium gestaltete das Jahr zu einem Debattenjahr und initiierte Dialoge mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren als Rückblick und Ausblick auf die Zukunft der Umweltpolitik.

Folgende Aktionen, Veranstaltungen und Publikationen waren Teil des Jubiläumsjahrs:

- zwei Reisen von Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks nach Fukushima und Tschernobyl,
- das Magazin „Alle aussteigen! 30 Jahre nach Tschernobyl: Was noch zu tun ist“,
- das Cicero Foyergespräch mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks „Kriege, Hunger, Klimawandel. Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“ im Berliner Ensemble,
- der Tag der Umwelt unter dem Motto „Stadt. Land. Leben. – Umwelt macht Zukunft“,

- der Tag der offenen Tür des BMUB unter dem Motto des Jubiläumsjahres „30 Jahre Bundesumweltministerium. Stadt. Land. Leben“,
- die Beteiligung des BMUB am Umweltfestival der Grünen Liga e. V.,
- die Graffiti-Galerie am Berliner Schloss mit Werken von Schülerinnen und Schülern sowie Künstlerinnen und Künstlern zu umweltpolitischen Themen,
- die Ergänzung der DBU-Wanderausstellung „Zukunftsprojekt Energiewende“ um Ausstellungstafeln zur 30-jährigen Geschichte des Bundesumweltministeriums,
- der Kurzfilm-Wettbewerb „Ecozoom“ mit Kurzfilmen junger Menschen und ihrer Sicht auf die Umwelt und ihre Zukunft.

Als Leuchttürme des Jubiläumsjahres sind die Fachkonferenz „Den Atomausstieg vollenden – 30 Jahre nach Tschernobyl“, der offizielle Festakt „30 Jahre Bundesumweltministerium“ und die Beteiligung des BMUB an der Woche der Umwelt auf Einladung des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue zu nennen. Zudem wurde das dreißigjährige Bestehen mit einem großen Debattenkongress als weiterem Leuchtturm, dem „Festival der Zukunft“, gefeiert, das mit allen relevanten Akteuren und Weggefährten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft gemeinschaftlich auf den Weg gebracht wurde und als Bürgerfest an zwei heißen Spätsommertagen im September stattfand.

A.2 Umweltpolitik mal anders – Das Konzept

Das Gesamtkonzept des Debattenkongresses wurde vom Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin in einem partizipativen und diskursiven Prozess mit dem Bundesumweltministerium erarbeitet. Ziel der Veranstaltung war die Vereinigung von Rückblicken und Ausblicken auf eine zukunftsfähige Umweltpolitik und auf 30 Jahre Bundesumweltministerium. In der Rückschau sollten Wegmarken, Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen nationaler und internationaler Umweltpolitik und -forschung reflektiert und Perspektiven und Strategien für die Zukunft formuliert und diskutiert werden. Von der Vergangenheit und Gegenwart ausgehend, zielte die Veranstaltung auf die Formulierung von Visionen und Handlungsoptionen für eine Gesellschaft und Politik, die sich an einer nachhaltigen Entwicklung orientiert. Das *Mission Statement* des „Festivals der Zukunft“ richtete sich auf eine dialogische Umsetzung: „Die Veranstaltung will gegenwärtige Konfliktlinien aufgreifen und dialogisch verhandeln. Gemeinsam mit Teilnehmenden aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollen Handlungsoptionen, Beispiele von Good Practice und Perspektiven für eine nachhaltige Gesellschaft identifiziert und diskutiert werden.“¹

Gegenwärtige kontroverse Debatten und Konfliktlinien der Umweltpolitik und der nachhaltigen Transformation standen im Fokus der Veranstaltung, die in konkreten Fragestellungen in allen Formaten aufgenommen wurden und sich als roter Faden durch die gesamte Veranstaltung zogen.

Nachhaltigkeit & Wirtschaft: Sind Ökologie und Klimaschutz Jobkiller? Schaden unilaterale Maßnahmen in Deutschland der Wettbewerbsfähigkeit, ohne dem Klima zu helfen? Ist ein „grünes“ Wachstum mit Nachhaltigkeitszielen vereinbar? Welche Ideen und Alternativen gibt es

¹ FFU 2016: Station Zukunft – Umweltpolitik im Dialog. Konzept für den Debattenkongress 2016.

für eine umweltkonforme Wirtschaftsstruktur/-politik? Wie könnte eine transformierte nachhaltige Gesellschaft aussehen?

Klimaschutz & Umweltschutz: Geht Klimaschutz vor Naturschutz? Werden Umweltschutz und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt? Wie gehen wir mit Wechselwirkungen und Problemverschiebungen zwischen Umweltpolitiken um? Wie kommen wir zu einem kohärenten umweltpolitischen Handlungsrahmen?

Gerechtigkeit & Umweltschutz: Wie sind ökologische und soziale Ziele vereinbar? Wie können die Verteilungswirkungen von Umweltpolitik berücksichtigt werden? Ist eine sozial-ökologische und intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit überhaupt möglich?

Das „Festival der Zukunft“ zielte auf einen generationenübergreifenden Dialog aller umwelt- und nachhaltigkeitsinteressierten Bürgerinnen und Bürger, so dass auch Kinder, Jugendliche, Studierende, Auszubildende und Rentner angesprochen wurden. Der partizipative Ansatz sah vor, dass die einzelnen Programmbausteine von den wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlich organisierten Akteurinnen und Akteuren mit ausgestaltet wurden, die die dreißigjährige Geschichte des Bundesumweltministeriums maßgeblich beeinflusst und mitgeprägt haben. Der Debattenkongress vereinte insofern alle relevanten Stakeholder der deutschen Umweltbewegung und Umweltpolitik und richtete sich damit gleichzeitig an Expertinnen und Experten aus Verbänden und Wissenschaft sowie Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen aus Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft.

Der partizipative Ansatz des „Festivals der Zukunft“ sah eine aktive Beteiligung auf mehreren Ebenen vor. Einmal sollten sich die relevanten wissenschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure mit eigenen Themen und Veranstaltungen einbringen und das zweitägige Programm aktiv mitgestalten. Gleichzeitig sollten diese Akteurinnen und Akteure mit interaktiven und handlungsorientierten Vermittlungsformaten Besucherinnen und Besucher zum Mitmachen und Mitdiskutieren anregen. So standen neben hochrangig besetzten Podiumsdiskussionen mit bekannten Keynote-Speakern, Vorträgen und Streitgesprächen vor allem interaktive Workshops, Werkstätten, Pecha Kuchas, Speakers Corners, World-Cafés, Fish Bowls und Mitmachaktionen für Jung und Alt im Fokus des Debattenkongresses. Konzerte, eine Tanzveranstaltung und Filme ergänzten die bunte Programmpalette. Ein wesentlicher Ansatz war zudem, über künstlerische Zugänge Umweltpolitik näherzubringen.

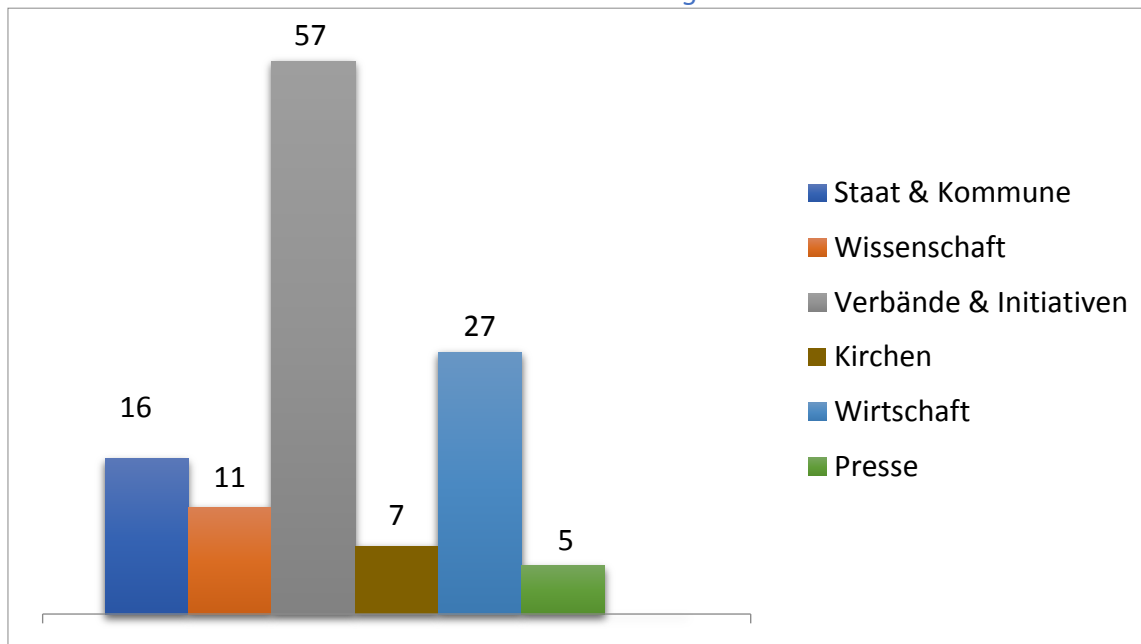
Ziel des „Festivals der Zukunft“ war es, als Konvent internationaler Expertinnen und Experten der Umwelt-, Klima-, Energiepolitik und der Wissenschaft eine Fachdebatte über die Entwicklung der Umweltpolitik seit 1986 anzuregen. Insbesondere zielte der Debattenkongress auf mögliche neue Entwicklungsperspektiven und Impulse für eine Umweltpolitik der Zukunft. Die auf dem „Festival der Zukunft“ erarbeiteten Inhalte können dabei als Grundlage für Ableitungen der programmatischen Ausrichtung der Umweltpolitik unter Berücksichtigung der Themenfelder Bauen und Stadtentwicklung dienen.

Der Debattenkongress wurde beständig durch das Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin wissenschaftlich begleitet und anschließend ausgewertet. Der vorliegende Abschlussbericht ist Teil dieser Auswertung.

A.3 Die Umsetzung des „Festivals der Zukunft“

Die Resonanz auf den Aufruf zur Ausgestaltung und Beteiligung am Debattenkongress war sehr groß. Insgesamt kamen **123 umweltpolitische Akteurinnen und Akteure** dem Aufruf des BMUB nach. Umgesetzt wurden insgesamt **144 Beiträge**. Die Anzahl von 123 Akteurinnen und Akteuren zeigte, dass sich ein breites und vielfältiges Spektrum von umweltpolitischen Stakeholdern am „Festival der Zukunft“ beteiligte. Das Spektrum reichte von Akteuren aus Wissenschaft, Verbänden, Vereinen, Initiativen über Akteure aus Kirche, Presse, Wirtschaft bis hin zu Akteuren aus Staat und Kommune. Mit 57 Anmeldungen gab es eine überproportionale Beteiligung besonders von Seiten der umweltpolitisch- und nachhaltigkeitsorientierten Verbände, Vereine und Initiativen. Aber auch 27 Akteurinnen und Akteure aus der Wirtschaft zeigen, dass Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung für viele Firmen und wirtschaftspolitische Verbände mittlerweile relevante Themen geworden sind.

Anzahl der teilnehmenden Akteure des Debattenkongresses

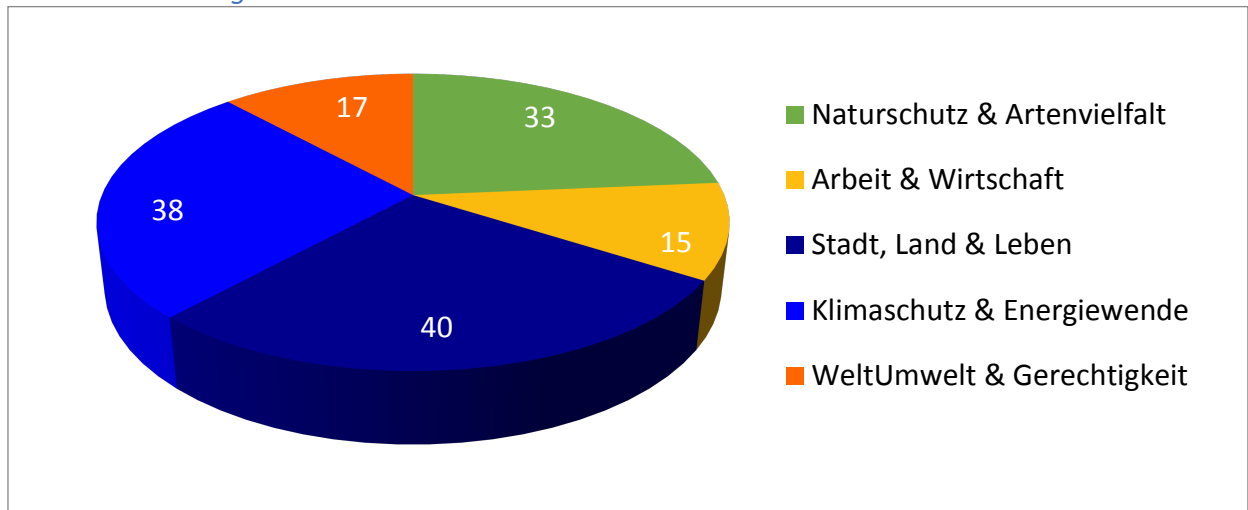


Die große Anzahl an Interessenbekundungen und das breite Themenspektrum wurden anhand relevanter umweltpolitischer Thematiken und Kontroversen in fünf Themencluster gebündelt:

- **Naturschutz und Artenvielfalt** (insbesondere Schutz von Lebensräumen wie Wald, Meere, Moore, Wiesen und Tiere, Biodiversität, Nationales Naturerbe)
- **Stadt, Land und Leben** (insbesondere nachhaltige ländliche und städtische Entwicklung, Gestaltung eines nachhaltigen Lebens, beispielweise grüne Städte und nachhaltiges Bauen, nachhaltige Mobilität, Konsumverhalten, Landwirtschaft, aber auch partizipative Prozesse)
- **Klimaschutz und Energiewende** (insbesondere Erderwärmung, Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, erneuerbare Energien, Abkehr von fossilen Energieträgern, Atomausstieg)
- **WeltUmwelt und Gerechtigkeit** (insbesondere globale Perspektiven auf die nachhaltige Entwicklung, Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, Sustainable Development Goals, Gerechtigkeitsdebatten, sozial-ökologische Transformation)

- *Arbeit und Wirtschaft* (insbesondere nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten, Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Unternehmen durch Energiewende und Klimaschutzmaßnahmen, Green Economy, Grünes Geld, nachhaltige Unternehmen und Unternehmensstrategien, Postwachstumsdebatte).

Anzahl der Beiträge nach Clustern²



Bei der Umsetzung in Formate dominierten in der Anzahl einerseits die Infostände, andererseits Vortrags-Veranstaltungen. Angemeldet waren 81 Veranstalterinnen und Veranstalter, die sich mit Infoständen vor Ort präsentiert haben, sowie 144 Panels, Vorträge und Workshops. Innerhalb der Workshops gab es weitere interaktive Formate wie World-Cafés, Pecha Kuchas, Fish-Bowls, Mitmachaktionen und Ähnliches, die jedoch nicht einzeln zu den Formaten gezählt wurden.

A.4 Die Panels des Bundesumweltministeriums

Um die große Vielfalt und Bandbreite an Beiträgen und Themen der unterschiedlichen Mitgestalter zusätzlich zu fundieren, wurden durch das Bundesumweltministerium und das Forschungszentrum für Umweltpolitik übergreifende hochkarätig besetzte Paneldiskussionen entwickelt, die einen inhaltlichen Bogen zu den Themenclustern spannten und den Status Quo sowie die Zukunft von Umweltpolitik beleuchteten. Insgesamt wurden sieben Panels und eine Diskussionsveranstaltung zur Vorstellung des Integrierten Umweltprogramms 2030 des BMUB durchgeführt.

Eröffnungspanel: Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?

- Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks (BMUB)
- Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer (Exekutivdirektor, Institute for Advanced Sustainability Studies IASS)

² Ein Beitrag wurde keinem Cluster zugeordnet, da er sich mit allen Themenbereichen befasste (Fragen an die Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks).

- Regine Günther (Leitung Fachbereich „Klimaschutz und Energie“, World Wide Fund For Nature WWF)
- Sarah Wiener (Unternehmerin)
- Hans-Werner Sinn (Ökonom)
- Prof. Dr. Joachim Weimann (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)

Blockierer oder Garant der Zukunft: Wozu Naturschutz?

- Hubert Weiger (Präsident, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. BUND)
- Olaf Tschimpke (Präsident, Naturschutzbund Deutschland e. V. NABU)
- Hermann Albers (Vorstand, Bundesverband Windenergie BWE)
- Werner Schwarz (Vizepräsident, Deutscher Bauernverband DBV)
- Joachim Müller-Jung (Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ)
- Philipp Freiherr zu Guttenberg (Präsident, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V.)

Bitte wenden: Mobilität in Zukunft

- Achim Steiner (Ratsvorsitzender, Agora Verkehrswende)
- Dr. Kay Lindemann (Geschäftsführer, Verband der Automobilindustrie e. V. VDA)
- Thomas Burkhardt (Vizepräsident, ADAC für Technik)
- Willi Loose (Geschäftsführer, Bundesverband Car Sharing)
- Gerd Lottsiepen (Verkehrspolitischer Sprecher, ökologischer Verkehrsclub VCD)
- Stephan Rammler (Mobilitätsforscher, Hochschule für Bildende Künste Braunschweig HBK)

Betonwüste mit Elektroantrieb? Wie grün ist die Stadt der Zukunft?

- Gunther Adler (Staatssekretär, BMUB)
- Prof. Raoul Bunschoten (Technische Universität Berlin)
- Prof. Dr. Harald Herrmann (Direktor, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR)
- Univ.-Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker (Lehrstuhl Gebäudetechnologie und Bauphysik, Universität Siegen, Mitglied, Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen)

Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?

- Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks (BMUB)
- Mary Robinson (UN-Sonderbeauftragte Klima)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joachim Schellnhuber (Klimaforscher, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung PIK, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen WBGU)
- Carole Dieschbourg (Umweltministerin Luxemburg)
- Anote Tong (ehemaliger Präsident von Kiribati)
- Jennifer Morgan (Executive Director Greenpeace International)

Mutig oder verzagt: Quo vadis Energiewende?

- Roland Hipp (Geschäftsführer, Greenpeace Deutschland)
- Stefan Kapferer (Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. BDEW)
- Boris Schucht (Vorsitzender der Geschäftsführung, 50Hertz Transmission)
- Patrick Graichen (Direktor, Agora Energiewende)

Fair Play für die Umwelt: Wie nachhaltig ist der Sport?

- Björn Fecker (Mitglied des Vorstands, Deutscher Fußball-Bund e. V. DFB)
- Sylvia Schenk (Vorsitzende, Transparency International)
- Johannes Jäger (CSR Manager)
- Oke Göttlich (Präsident, 1. FC St. Pauli)

Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?

- Kapl. Prof. Dr. Niko Paech (Universität Oldenburg)
- Prof. Dr. Kai Niebert (Präsident, Deutscher Naturschutzring DNR)
- Prof. Karsten Neuhoff (Abteilungsleiter, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. DIW)
- Sina Trinkwalder (Unternehmensgründerin „Manomama“)
- Holger Lösch (Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. BDI)

Den ökologischen Wandel gestalten: Das Integrierte Umweltprogramm 2030 des BMUB

- Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks (BMUB)
- Jochen Flasbarth (Staatssekretär, BMUB)
- Prof. Wolfgang Lucht (Mitglied, Sachverständigenrat für Umweltfragen, Ko-Leiter, Abteilung Erd-Systemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung PIK)
- Prof. Dr. Dirk Messner (Vorsitzender, WBGU)
- Simone Raskob (Umweltdezernentin, Stadt Essen)
- Prof. Dr. Kai Niebert (Präsident, DNR)
- Mandy Möbes, Bürgerrätin aus Leipzig

A.5 Die Resonanz auf das „Festival der Zukunft“

An den zwei Veranstaltungstagen besuchten den Debattenkongress mindestens 6212 Personen. Über die Livestreams waren zudem mehrere Tausend Userinnen und User auch online mit dabei. Hauptsächlich rekrutierten sich die Besucherinnen und Besucher des „Festivals der Zukunft“ aus Berlin. In gewissem Rahmen konnte die Veranstaltung überregionale Strahlkraft entfalten. Laut Umfrage der Veranstaltungsagentur Vagedes & Schmid kamen gut 80 Prozent der Besucherinnen und Besucher aus Berlin, die restlichen knapp 20 Prozent aus verschiedenen Orten in der gesamten Bundesrepublik.

Eine Vielfalt an Veranstaltungen und Mitmachangeboten konnte an den zwei Tagen, an denen das „Festival der Zukunft“ stattfand, ein breites Publikum erreichen. Durch den Mix an Veranstaltungen erreichte der Debattenkongress sowohl Expertinnen und Experten aus Verbänden und Wissenschaft, Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen, von Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaft sowie Schülerinnen und Schüler, Studierende und Familien.

Die positive Resonanz auf das „Festival der Zukunft“ kann nicht nur an den umfangreichen Besucherzahlen und Social-Media-Zugriffen auf entsprechende Inhalte abgelesen werden, sondern auch an der langen Verweildauer der Besucherinnen und Besucher auf dem Debattenkongress. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der von der Veranstaltungsagentur Vagedes & Schmidt befragten Gäste blieben länger als zwei Stunden auf dem „Festival der Zukunft“, mehr als ein Drittel (35 Prozent) zwischen ein und zwei Stunden. Das spricht für die große Attraktivität des Angebots. Laut Umfrage gefiel über 90 Prozent der Befragten der Debattenkongress.

A.6 Ein nachhaltiger Debattenkongress durch EMAS

Eine Besonderheit des „Festivals der Zukunft“ war, dass es nicht nur inhaltlich auf Handlungsalternativen und Lösungen einer nachhaltigen Zukunft zielte, sondern auch in seinem Veranstaltungsmanagement den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprach. Der EUREF-Campus wurde als Veranstaltungsort ausgesucht, da er innovativ und zukunftsweisend in Bezug auf Themen wie Energie, Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist. Der Campus hat eigene regenerative Energiequellen auf dem Gelände, wird zudem weitgehend mit klimaneutraler Energie versorgt, erfüllt nach einer Studie der Deutschen Energie-Agentur (dena) seit 2014 die Klimaschutzziele der Bundesregierung und steht beispielhaft für einen Ort der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes.

Das „Festival der Zukunft“ ist eine der wenigen Großveranstaltungen in Deutschland, die eine EMAS-Zertifizierung erhielten. Mit der Zertifizierung nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme), dem anspruchsvollsten und international anerkannten europäischen Umweltmanagementsystem, zählt das Bundesumweltministerium zu den Pionieren in der nachhaltigen Umsetzung von Großveranstaltungen. Dazu wurde von einem externen Umweltgutachter überprüft, ob die anspruchsvollen Anforderungen des Umweltmanagementsystems EMAS erfüllt wurden. Der Debattenkongress ist nach der Zertifizierung der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity-CBD) die zweite Großveranstaltung, die auf Behördeninitiative hin EMAS zertifiziert wurde. Außerhalb der Behördenebene setzt der Deutsche Evangelische Kirchentag als Großveranstaltung fast solitär die EMAS-Zertifizierung um. Offiziell überreichte der Umweltgutachter die Zertifizierungsurkunde am 11. September 2016 auf dem „Festival der Zukunft“ an Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium.

In Hinblick auf die EMAS-Zertifizierung ist das „Festival der Zukunft“ somit gesamtgesellschaftlich und auf Behördenebene Vorreiter bei der Umsetzung und Etablierung des europäischen Audits bei Großveranstaltungen. Umsetzungs- und Transfermöglichkeiten für weitere Veranstaltungen des Bundesumweltministeriums, anderer Bundes- und Landesbehörden sowie weiterer Ausrichter von Großveranstaltungen sind möglich. Ein Leitfadensystem für nachhaltige Veranstaltungen und EMAS-Zertifizierungen ist geplant, der die Ergebnisse übertragbar machen soll.

B. Das „Festival der Zukunft“ als Impulsgeber für eine zukünftige Umweltpolitik

B.1 Einleitung

Der Debattenkongress richtete sich als partizipatives Forum an alle nachhaltigkeits- und umweltpolitisch Interessierten aus der Zivilgesellschaft. Wie in einem Kaleidoskop versammelte es wichtige und relevante staatliche und nichtstaatliche, kommunale, wirtschaftliche und wissenschaftliche Akteure, die sich mit Workshops, Vorträgen und Diskussionen beteiligten. Künstlerische Vermittlung von umweltpolitischen Inhalten spielte hierbei eine zentrale Rolle. Durch die Offenheit der Veranstaltungs- und Vermittlungsformate und durch die Vielzahl der Anbieterinnen und Anbieter konnten sehr unterschiedliche Teilnehmergruppen mit entsprechend divergierenden Sichtweisen auf Umweltpolitik erreicht werden.

Wie kann eine Umweltpolitik der Zukunft aussehen? Welche Themen sollten ganz oben auf der umweltpolitischen Agenda stehen? Welche umweltpolitischen Forderungen und Visionen bestehen? Welche Instrumente sind für eine Umweltpolitik der Zukunft geeignet? Welche Wege sollten beschritten werden? Diese Fragen standen im Zentrum des „Festivals der Zukunft“ wie auch im Zentrum dieser Dokumentation.

Im Rahmen der nächsten Kapitel soll dargestellt werden, welche Perspektiven die Akteurinnen und Akteure des Debattenkongresses auf eine Umweltpolitik der Zukunft haben, welche Visionen und Handlungsoptionen für eine Gesellschaft und Politik der nachhaltigen Entwicklung durch sie formuliert werden und welche Impulse für eine zukünftige Umweltpolitik daraus abgeleitet werden können. Um dies zu erreichen, wurden die Fachdebatten der internationalen Expertinnen und Experten der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik und der Wissenschaft über die Entwicklung der Umweltpolitik seit 1986 mit einem Fokus auf mögliche neue Entwicklungsperspektiven ausgewertet und Impulse für eine Umweltpolitik der Zukunft herausgearbeitet. Die Ergebnisse können als Grundlage für Ableitungen der programmatischen Ausrichtung der Umweltpolitik unter Berücksichtigung der Themenfelder Bauen und Stadtentwicklung dienen.

B.2. Die Ergebnisse im Überblick

Wichtigstes umweltpolitisches Thema

Besucherinnen und Besucher sowie Referentinnen und Referenten des „Festivals der Zukunft“ wurden im Rahmen der Veranstaltung nach dem wichtigsten umweltpolitischen Thema befragt.

Neun verschiedene Themen wurden von den Befragten jeweils als das wichtigste und dringendste umweltpolitische Thema benannt. Mehrfachnennungen waren vorhanden.

Als wichtigstes umweltpolitisches Thema wurde zuvorderst der Klimawandel genannt, gefolgt von den Themen Energieversorgung/Atommüll, Mobilität, Gerechtigkeit, Landwirtschaft, Wirtschaftssystem, Natur, Konsum/Ressourcennutzung und Urbanisierung. Die Nennungen waren wie folgt verteilt: Klimawandel (22), Energieversorgung/Atommüll (16), Mobilität (14), Gerechtigkeit (12), Landwirtschaft (10), Wirtschaftssystem (10), Natur (8), Konsum/Ressourcennutzung (6), Urbanisierung (5).

In einer Wortwolke sind die Themen nach der Häufigkeit der Nennung dargestellt.

Urbanisierung
Wirtschaft
Gerechtigkeit
Mobilität Natur
Klimawandel
Energieversorgung
Landwirtschaft
Konsum

Visionen

Aus den erhobenen Visionen wurde eine Übersicht erstellt, in der die Visionen im Stil von kurzen Nachrichten aufbereitet wurden. Die Wahl der Orte und des Kontextes erfolgte fiktiv. So wurde beispielsweise aus der Vision vom Ende der Massentierhaltung eine Nachricht über einen Wettbewerb zur Umnutzung der Großmasttieranlagen.

Forderungen und Handlungsbedarfe

Aus den Statements der Besucherinnen und Besucher, Workshopteilnehmenden, Referentinnen und Referenten und Panelgäste zu Forderungen an eine zukünftige Umweltpolitik und deren Handlungsbedarfe wurden folgende Aussagen extrapoliert:

- Unsere Umwelt sollte die Grundlage unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns sein.
- Wir benötigen ein anderes, nachhaltiges Wirtschaftsmodell.
- Wir brauchen einen weitreichenden gesellschaftlichen Bewusstseins- und Wertewandel.
- Umweltpolitik sollte die Bevölkerung als Change Agent begreifen und Partizipation fördern.
- Wir fordern gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit – national und international.

Wege und Instrumente

Aus den Statements Besucherinnen und Besucher, Workshopteilnehmenden, Referentinnen und Referenten und Panelgäste zu möglichen Wegen und Instrumenten einer zukünftigen Umweltpolitik wurden folgende Aussagen extrapoliert:

- konkrete Leitbilder und Visionen entwickeln
- Governance der Wirtschaft
- Demokratie stärken und politische Teilhabe fördern
- vom Wissen zum Handeln – Bildung, Forschung und Innovationen fördern
- positives Image befördern – Kommunikation verbessern.

B.3. Wichtige umweltpolitische Themen

Als wichtigste umweltpolitische Themen nannten die Befragten den Klimawandel, gefolgt von den Themen Energieversorgung/Atommüll, Mobilität, Gerechtigkeit, Landwirtschaft, Wirtschaftssystem, Natur, Konsum/Ressourcennutzung und Urbanisierung.

Die Nennungen weisen eine weitgehende Übereinstimmung mit den im IUP benannten transformativen Schlüsselbereichen auf, nämlich der Energiewende, dem Verkehrssystem, der Landwirtschaft, dem Konsum und der Ressourcennutzung (BMUB 2016a) und den im Klimaschutzplan 2050 (BMUB 2016b) genannten Handlungsfeldern Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft. Sie entsprechen auch dem Fokus der Panels, die vom Bundesumweltministerium selbst auf dem „Festival der Zukunft“ angeboten wurden. Im Weiteren wird der Sachstand der jeweiligen genannten umweltpolitischen Themen dargestellt und die einzelnen Statements ausgeführt und in Bezug zu den aktuellen umweltpolitischen Diskussionen gesetzt.

B.3.1. Klimawandel

„Das [die Bekämpfung des Klimawandels] zu liefern wird die größte Aufgabe der Menschheit sein. Kleiner geht es nicht.“ Hans Joachim Schellnhuber³

Die Befragten des Debattenkongresses nannten den Klimawandel und die Bekämpfung des Klimawandels als die relevantesten umweltpolitischen Themen. Ohne Zweifel gehören der Klimawandel und die Beschränkung seiner Folgen zu den wichtigsten gegenwärtigen umweltpolitischen Herausforderungen. Laut fünftem Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist es extrem wahrscheinlich, dass die mit der Industrialisierung verbundene Emission von Treibhausgasen durch fossile Brennstoffe Ursache für die globale Erderwärmung um 0,85 °C ist (IPCC 2014). 2015 wurde mit dem Übereinkommen in Paris ein Meilenstein der Klimapolitik beschlossen. Die 195 Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) einigten sich auf die Begrenzung der globalen Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C gegenüber den vorindustriellen Werten. Das Abkommen trat im November 2016 in Kraft, nachdem 55 Staaten, unter anderem auch die Bundesrepublik Deutschland, das Abkommen ratifizierten. Zur Umsetzung des Abkommens entwickelte das BMUB den Klimaschutzplan 2050, der im November 2016 verabschiedet wurde. Darin bekräftigt die Bundesregierung das bereits 2010 verabschiedete Ziel, „die Treibhausgasemissionen bis 2050 im Vergleich zu 1990 um 80 bis 95 Prozent zu vermindern“ (BMUB 2016b: 2) und schlüsselt die Einsparungen und geeignete Maßnahmen in den Handlungsfeldern Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft sowie Landnutzung und Forstwirtschaft auf. Die prozentualen Einsparungen bis 2030 werden folgendermaßen beziffert: Energiewirtschaft 62 bis 61 Prozent, Gebäude 67 bis 66 Prozent, Verkehr 42 bis 40 Prozent, Industrie 51 bis 49 Prozent, Landwirtschaft sowie Landnutzung und Forstwirtschaft 34 bis 31 Prozent (BMUB 2016b: 26). Die im Januar 2017 veröffentlichte Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie unterstreicht dieses Vorhaben

³ Geäußert im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

und setzt die Bemühungen der Bundesregierung in den Kontext der Umsetzung des Nachhaltigen Entwicklungsziels 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz. In diesem Rahmen werden konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel auf nationaler und internationaler Ebene benannt.“ Gleichwohl stellt der Bericht heraus: „Bei Fortsetzung der Entwicklung der letzten fünf Jahre ist das Ziel für 2020 – eine Reduktion um 40 Prozent gegenüber 1990 – nicht absehbar“ (Bundesregierung 2016: 185). Diesen – trotz aller Abkommen, Pläne und Maßnahmen – vorhandenen dringenden Handlungsbedarf formulierten auch viele Befragte auf dem Debattenkongress, wie in diesem Zitat eines Besuchers deutlich wird:

„Wir müssen uns echt Gedanken machen, dass wir schnell mehr Klimaschutz weltweit hinkriegen.“

Klimaschutzpolitik wurde von den Befragten nicht nur national, sondern vielmehr global und europäisch⁴ verortet und ein gemeinsames, stringentes und schnelles Handeln auf internationaler und europäischer Ebene eingefordert. An dieser Stelle zeigte sich, dass die im Integrierten Umweltprogramm (IUP) formulierten Leitziele versuchen, in Bezug auf die internationale Dimension der Umweltpolitik diesen Anspruch deutlich und konkret umzusetzen – beispielsweise indem internationale ökologische Standards etabliert und Regeln zur Kooperationsbekämpfung sowohl verschärft als auch besser umgesetzt werden und indem auf europäischer Ebene sowohl die Mittelvergabe als auch die umweltpolitischen Institutionen gestärkt werden (BMUB 2016a: viii).

Damit ging auf dem „Festival der Zukunft“ der Appell nach einheitlichen Klimaschutzkriterien einher, um das in Paris vereinbarte Ziel tatsächlich umsetzen zu können. Ein Besucher äußerte dazu im Interview:

„Auf alle Fälle weltweit auf Einhalten von Kriterien einigen und nicht mit tausend Ausnahmen, sondern stringent.“

In diesem Zusammenhang wurde eine politische Perspektive angemahnt, die sich auch den Fragen der Klimagerechtigkeit stellt und die Hauptverursacher des Klimawandels deutlich in die politische Verantwortung nimmt. So sah die UN-Sonderbeauftragte Mary Robinson⁵ insbesondere die Industriestaaten in der Pflicht, die für den größten Prozentsatz der Emissionen verantwortlich sind:

„Um die Welt zu retten, müssen wir in den entwickelten Ländern stärker die Emissionen verringern als im Moment.“

Besonders eindrücklich mahnte der ehemalige Präsident von Kiribati Antote Tong⁶, dessen Insel durch den Klimawandel vom Versinken bedroht ist, die globale Verantwortung an:

⁴ „Vor allem Europa muss wieder anfangen zusammenzuarbeiten, damit man überhaupt Klimaschutz machen kann.“

⁵ Geäußert im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

⁶ Geäußert im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

„Die Wahrheit ist, wenn es nicht gelingt unsere Insel zu retten, dann gibt es auch keine Hoffnung, die Welt zu retten. Wir brauchen dafür die Unterstützung von jedem.“⁷

Hans Joachim Schellnhuber, der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), skizzierte im Zuge dessen eindringlich die Folgen des Klimawandels, von denen nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner der Insel Kiribati betroffen sind. Er wies auf 300 bis 500 Millionen Klimaflüchtlinge hin, die selbst bei der Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels ihr Land verlassen müssen.⁸

Viele befragte Akteurinnen und Akteure mahnten eine Transformation hin zu einer CO₂-neutralen Gesellschaft mit einer entsprechenden Aktionsplanung an:

„Wir müssten lange vor 2030 eine entsprechende Zielbestimmung, also eine Aktionsplanung vorgenommen haben, wir müssten dann allerdings auch die Gesellschaft mitnehmen auf den Wandel, auf die Transformation hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaft, einer CO₂-neutraleren Gesellschaft insgesamt.“

B.3.2. Energieversorgung

„Kohle ist nach wie vor der größte Klimakiller.“⁹

Mit dem Klimawandel eng verknüpft ist das Thema der Energieversorgung, das in der Befragung mit 16 Nennungen an zweiter Stelle der wichtigsten umweltpolitischen Themen stand. Hier lag der Fokus der Äußerungen hauptsächlich auf Facetten, die mit der hiesigen Energiewende verknüpft sind und somit auch den Ausstieg aus der Atomenergie und die Endlagerfrage umfassen.

Die Energiewende ist ein deutliches Beispiel dafür, mit welchen Erfolgen und Chancen, aber auch Schwierigkeiten die Transformation in eine CO₂-neutrale Gesellschaft verbunden ist. Im Jahr 2000 wurden mit der Energiewende in Deutschland die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft und das Ende der Nutzung der fossilen Energieträger Erdöl, Kohle, Erdgas eingeleitet, deren Verbrennung die zentrale Ursache des Klimawandels ist. Damit einher ging der Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 und der Übergang zu nachhaltiger Energieversorgung durch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme, Biomasse begann. 2015 lag der Anteil erneuerbarer Energiequellen am Bruttostromverbrauch bei 32,6 Prozent, an Wärme bei 13,2 Prozent und beim Verkehr bei 5,3 Prozent (BMUB 2016c: 16). Durch den Ausbau erneuerbarer Energien konnte die Klimabilanz deutlich verbessert werden. 2015 trugen die Erneuerbaren Energien zu einer Reduktion von über 167,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten bei (BMUB 2016c: 14).

Bei allen Erfolgen der deutschen Energiewende bleibt jedoch zu konstatieren, dass 2015 noch 85 Prozent des Endenergieverbrauchs aus fossilen und nuklearen Energieträgern gewonnen

⁷ „The truth is, if we are not saving our island, there is no hope to save our world. We need the support of anyone of you.“

⁸ „Selbst bei 2 Grad müssen 300 bis 500 Millionen Menschen in diesem Jahrhundert umgesiedelt werden. Die Verlierer des Klimawandels stehen schon fest.“

⁹ Aus einem Interview mit einem Besucher des Debattenkongresses.

wurde und die damit einhergehenden Umweltschäden und -risiken immer noch immens sind (UBA 2016: 18).¹⁰

Auf dem „Festival der Zukunft“ unterstützten und forcierten viele der interviewten Besucherinnen und Besucher die Ziele der Energiewende und forderten:

„100 Prozent Erneuerbare Energien“ oder

*„ein komplett anderes Energiesystem mit ganz viel Solar und Wind“ oder dass
„viel Energie aus Erneuerbaren kommt.“*

Sowohl die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als auch das IUP und der Klimaschutzplan 2050 beinhalten einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird dieses Ziel mit dem Umsetzen des Sustainable Development Goal (SDG) 7 „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie“ und mit konkreten Vorgaben verknüpft. So soll der Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttoendverbrauch auf 60 Prozent und am Bruttostromverbrauch auf 80 Prozent bis 2050 ansteigen (Bundesregierung 2016: 114).¹¹ Im IUP wird die Energieversorgung als ein Schlüsselbereich transformativer Umweltpolitik definiert.¹²

Themen und Herausforderungen, die mit dem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien verbunden sind, wie beispielsweise der im IUP genannte naturverträgliche Ausbau und der unter Bürgerbeteiligung beschleunigte Netzausbau und die Forschungsförderung im Bereich Speichertechnologie (BMUB 2016a: 47), wurden auf dem Debattenkongress nicht benannt. Das trifft ebenfalls auf die Themen Energieeffizienz und Sektorenkopplung zu, die deutlich im Fokus des IUP, des Klimaschutzplans und der Nachhaltigkeitsstrategie stehen.

Prononciert benannten die Besucherinnen und Besucher in den Interviews den Ausstieg aus der Kohle:

*„2030 wünsche ich mir, dass die Kohlekraft zu Ende geht und dass der
Verbrennungsmotor bei Neuwagen nicht mehr zugelassen ist.“*

Daran schloss sich die deutliche Forderung nach einem definierten Termin für den Ausstieg aus der Kohle an, der bisher im Klimaschutzplan 2050 und im IUP nicht benannt wird.¹³ Daran gekoppelt fand sich die Aussage, dass sowohl ein sozialverträglicher Ausstieg aus der

¹⁰ Dazu zählen beim Abbau großflächige Landschaftszerstörungen und damit verbundene Artenverluste, Bodensenkungen und Bergschäden beim Kohleabbau unter Tage, Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts und der Trinkwasserversorgung sowie Staubbelastungen; beim Verbrennen Luftschadstoffe, wie Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Kohlenmonoxid oder Staub, die die menschliche Gesundheit beeinträchtigen, zur Versauerung und Eutrophierung von Gewässern und Böden führen, die Natur sowie Gebäude und Kulturgüter schädigen.

¹¹ In Zwischenschritten definiert der Bericht den Anteil EE am Bruttoendverbrauch: 18 Prozent bis 2020, 30 Prozent bis 2030 und am Bruttostromverbrauch 35 Prozent bis 2020, 50 Prozent bis 2030, 65 Prozent bis 2040.

¹² Im IUP werden dazu genannt: zügiger Ausbau und Modernisierung von Netzen, flexiblere Netze und Strommarkt, Weiterentwicklung von Speichertechnologien; bessere Planung und Dialog; integrierte Strategie, die Effizienz, Innovation und Ausbau EE in allen Sektoren vereint; Fahrplan für Ausstieg aus Kohle (BMUB Mayer-Ries, Raecke 2016a: 19).

¹³ Im IUP wird ein Beenden der Kohleverstromung „rechtzeitig vor 2050“ genannt, im Klimaschutzplan 2050 wird von schrittweiser Verringerung und von modernen Kohlekraftwerken als Übergangstechnologie und der Braunkohle-Sicherheitsbereitschaft gesprochen, ohne jedoch einen Zeitplan zu skizzieren (BMUB Mayer-Ries, Raecke 2016a: 49; BMUB 2016b: 29).

Kohleförderung gefunden als auch die umweltschädliche Subventionierung der Kohle beendet werden sollte, welche sich nach dem Umweltbundesamt (UBA) im Jahr 2012 bei der Steinkohle auf 1,732 Milliarden Euro belief, während die Begünstigungen für die Braunkohlewirtschaft bei mindestens 304 Millionen Euro und die Energiesteuervergünstigungen für Kohle bei 100 Millionen Euro lagen (UBA 2016: 72). Ein Besucher forderte beispielsweise das

„Ende der staatlichen Subventionen. Und Ausstiegstermin aus Kohle setzen, mit Entwicklung von Alternativen für Minenarbeiter.“

Im IUP und Klimaschutzplan 2050 wird betont, wie wichtig die Berücksichtigung sozialer und regionalwirtschaftlicher Belange beim Kohleausstieg ist, die nur im Dialog mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren aus Industrie, Gewerkschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern zu finden sei (BMUB 2016a: 49; BMUB 2016b: 32).

Ebenfalls bewegte die interviewten Besucherinnen und Besucher des „Festivals der Zukunft“ in diesem Zusammenhang der Ausstieg aus der Atomkraft und die Lagerung des Atommülls.

„Also für mich Atomkraft, weil eben, wohin mit dem ganzen Zeug? Ich lebe in einer Stadt, wo es ein Zwischenlager gibt, ja, aber es ist eben nur zwischengelagert. Was machen wir damit? Wohin?“

Die Bundesregierung hat im Dezember 2016 die Finanzierung des Atomausstiegs gesetzlich neu geregelt. Ein staatlicher Fonds, in den die Atomkraftwerk-Betreiber 17,4 Milliarden Euro einzahlen, soll nun die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls finanzieren. Zuständig bleiben die Betreiber weiterhin für die Stilllegung, den Rückbau und die fachgerechte Verpackung radioaktiver Abfälle. Darüber hinaus hat die Endlagerkommission im August 2016 in ihrem Abschlussbericht geologische Kriterien für die Endlagersuche und Verfahren für die Auswahl der Regionen formuliert, die Anwohnerinnen und Anwohner, Gemeinden und anerkannten Umweltverbänden in verschiedenen Phasen der Standortauswahl Klagemöglichkeiten einräumen.

B.3.3. Mobilität

„Grüner, entspannter, freundlicher, leiser, langsamer, netter.“¹⁴

Die Fakten zur nachhaltigen Entwicklung des Verkehrs in Deutschland sind alarmierend. Der Personenverkehr wird in Deutschland vom Individualverkehr dominiert. So wird mehr als die Hälfte (55 Prozent) der zurückgelegten Wege mit dem eigenen PKW absolviert. An der gesamten Beförderungsleistung hat das Auto mit 76 Prozent einen noch höheren Anteil.

Umweltfreundliche Fortbewegung mit Zug und Bahn (7,2 Prozent), ÖPNV (6,5 Prozent), Rad (3 Prozent) oder zu Fuß (3 Prozent) sind hingegen marginal. Auch im Güterverkehr dominiert mit 73 Prozent der umweltschädliche Transport mit Lkw (Statistisches Bundesamt 2013: 7).

¹⁴ Aus einem Interview mit einem Besucher des Debattenkongresses.

Täglich werden in Deutschland 23 Hektar Fläche für Verkehrswege versiegelt. Das Verkehrswachstum der letzten Jahre hat alle Effizienzfortschritte beim Kraftstoffverbrauch und Leichtkarosseriebau kompensiert. Die Zahl der Passagiere an deutschen Flughäfen ist zwischen 2000 und 2011 um 50 Prozent gestiegen. Die Grenzwerte für Stickstoffdioxid werden an mehr als der Hälfte der städtischen Messstationen überschritten¹⁵, auch beim Feinstaub gibt es regelmäßig Spitzenwerte. Mehr als die Hälfte der Menschen fühlt sich durch Verkehrslärm gestört. Der Verkehr hat dementsprechend nicht nur negative Auswirkungen auf das Klima, sondern durch den Ausstoß von Dieselruß und Stickoxiden auch auf die Luftqualität und somit die menschliche Gesundheit.

Im Gegensatz zu allen anderen Sektoren trug und trägt der Verkehr kaum zur Umsetzung von Klimaschutzziele bei. In allen anderen Sektoren wurden die THG-Emissionen um 23 Prozent gesenkt, im Verkehr lediglich um 4 Prozent (UBA 2014: 2.) Die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors sind nahezu auf dem gleichen Niveau wie 1990 und entsprechen 18 Prozent der gesamten THG-Emissionen in Deutschland. Knapp 30 Prozent des Endenergieverbrauchs entfallen auf den Verkehr, der zu über 90 Prozent auf Erdöl basiert (BMUB 2016b: 47). Der Klimaschutzplan 2050 formuliert ambitioniert bis 2050 eine Dekarbonisierung des Verkehrssystems mit 40 bis 42 Prozent CO₂-Einsparungen, geringerem Flächenverbrauch und weniger Luftschadstoff- und Lärmemissionen (BMUB 2016b: 48). In der Nachhaltigkeitsstrategie wird unter dem SDG 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ die Verringerung der Luftbelastung festgesetzt, die die Gesundheit der Menschen, die Ökosysteme und die Artenvielfalt beeinträchtigt. Die Emissionen von Luftschadstoffen sollen daher bis zum Jahr 2030 um 45 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 sinken. Eine geringere Feinstaubbelastung auf durchschnittlich unter 20 µg pro m³ Luft soll ebenfalls erreicht werden (Bundesregierung 2016: 79f).

Mit 14 Nennungen wird das Thema Mobilität als das drittwichtigste umweltpolitische Thema angesehen. Die befragten Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses kritisierten in ihren Anmerkungen deutlich die klima- und umweltschädliche Entwicklung des Verkehrssektors und setzten sich für die Stärkung umweltfreundlicher Fortbewegung mit ÖPNV, Fahrrad oder zu Fuß ein:

*„Die Innenstadt vom Autoverkehr befreien. Der ÖPNV muss gestärkt werden.
Fahrradwege und Wege für Fußgänger.“*

„Wir würden mehr ÖPNV nutzen, wenn das Angebot besser wäre. Gerade auf dem Land fehlen Routen und Regelmäßigkeit.“

Auch Nico Paech, Professor an der Universität Oldenburg, hält Mobilität, insbesondere den Auto- und Flugverkehr, für das entscheidende Problem auf dem Weg in eine nachhaltige, klimafreundliche Gesellschaft. Er schlägt in einer der Paneldiskussionen¹⁶ auf dem „Festival der Zukunft“ eine radikale Schrumpfung klimaschädlicher Verkehrsmittel vor.

¹⁵ Der zulässige Jahresmittelwert beläuft sich auf 40 µg Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft. Beim Feinstaub liegt der EU-Grenzwert noch deutlich über dem von der WHO empfohlenen.

¹⁶ Geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

Deutlich wurde die enge Verzahnung von Stadt- und Verkehrsentwicklung durch die Interviewten benannt und dass gegenwärtig die Aufteilung der Verkehrsfläche im Verhältnis zum Modal Split höchst ungerecht ist. Exemplarisch zeigt sich das in Berlin, wo der Pkw am Verkehrsaufkommen einen Anteil von 32 Prozent hat, aber dafür 58 Prozent der Verkehrsflächen beansprucht. Das äußerte auch ein Besucher im Interview:

„Es dürfen schon noch ein paar Autos fahren, aber leise, und sie dürfen nicht mehr den Platz beanspruchen, den sie jetzt beanspruchen. Es gibt kein Argument, dass jemand mit Auto den Platz einnimmt, den 10 Menschen einnehmen könnten. Das ist völlig überhöht.“

Die befragten Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses setzten in Bezug auf nachhaltige Mobilität zum einen auf den Ausbau der Elektromobilität und die Digitalisierung und Automatisierung des Verkehrs, wie es auch im IUP und dem Klimaschutzplan 2050 in den Transformationspfaden und Meilensteinen beschrieben wird (BMUB 2016a: 30; BMUB 2016b: 48):

„Ich sehe in Berlin, in Deutschland, in Europa, wahrscheinlich Nordamerika überall selbstfahrende Elektroautos.“

Eine grundlegende Mobilitätswende sah aus Sicht der Teilnehmenden des Workshops der Initiative Volksentscheid Fahrrad auf dem Debattenkongress folgendermaßen aus:

„Bäume belassen, Parken kostenpflichtig, Carsharing unterstützen, Parken auf der Straße einschränken, gute Fahrradwege einrichten, Fahrradschnellwege und Straßen mit öffentlicher Finanzierung einrichten, flächendeckende Parkraumbewirtschaftung, vor jedem Haus Fahrradständer einrichten.“

Die Äußerungen zum Thema nachhaltige Mobilität auf dem „Festival der Zukunft“ setzten die umweltfreundliche Fortbewegung per Rad, zu Fuß oder im ÖPNV ins Zentrum und verlangten damit ein deutlicheres Engagement für diese Verkehrsformen als im IUP und Klimaschutzplan 2050 formuliert. Via Twitter fragt ein Nutzer:

„Wie kommt es, dass Umwelt und Gesundheit beim Thema Verkehr eine untergeordnete Rolle seitens der Bundesregierung zukommt?“

„Wir alle leben auf dem Boden und ernähren uns von ihm. Und das soll nichts mit Umweltschutz zu tun haben?“ Sarah Wiener¹⁷

Gegenwärtig hungern weltweit ca. 800 Millionen Menschen und rund 2 Milliarden Menschen sind mangelernährt. Bis 2050 werden mehr als neun Milliarden Menschen auf der Welt leben, die schätzungsweise einen Mehrbedarf an Nahrungsmitteln von bis zu 70 Prozent haben. In Deutschland hingegen sind 34 Prozent der Bevölkerung übergewichtig.¹⁸ Bis 2030 soll der Hunger Geschichte sein. So ist es im SDG 2 durch die Vereinten Nationen beschlossen worden, das außerdem auf Ernährungssicherheit, eine bessere Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft setzt. Doch wie dieses Ziel erreicht und welche Wege dorthin beschritten werden sollen, das ist stark umkämpft und hochgradig umstritten.

Die gegenwärtige Landwirtschaft ist von einem Strukturwandel gekennzeichnet. Fortschreitende Industrialisierung und Globalisierung prägen die Lebensmittelerzeugung. Eine Konzentration und Kontrolle entlang der gesamten Lieferkette durch wenige Konzerne ist zu beobachten. Sie dominieren den Saatgutmarkt, die Produktion von Pestiziden und Düngemitteln, die Herstellung von Futtermitteln und die Tierzucht und bestimmen dadurch Preise, Geschäftsbedingungen und beeinflussen politische Rahmenbedingungen (Chemnitz et al. 2017: 10ff). Den Konzernen stehen weltweit etwa 1,7 Milliarden kleinbäuerliche Erzeuger gegenüber, die auf etwa 500 Millionen Höfen Lebensmittel produzieren. Auch Deutschlands Landwirtschaft ist von dem Strukturwandel und seinen Folgen gekennzeichnet. Immer weniger Betriebe und Beschäftigte bearbeiten immer größere landwirtschaftliche Flächen, diese jedoch höchst effizient.¹⁹ Während nach 1945 ein Bauer Nahrungsmittel für zehn Personen erzeugte, produziert er heute für 144 Personen (BMEL 2016: 11). Nur noch knapp die Hälfte der Landwirtinnen und Landwirte kann von ihrer Arbeit leben. 46 Prozent betreiben Landwirtschaft nur noch im Nebenerwerb (BMEL 2016: 8). Die Landwirtschaft hat in Deutschland nur noch einen Anteil von 1 Prozent an der gesamten Wirtschaftsleistung und beschäftigt nur noch 1,5 Prozent aller Erwerbstätigen (Chemnitz et al. 2016: 8).

Auch der wirtschaftlichen Situation der Landwirtinnen und Landwirte und den sozialen Auswirkungen der industrialisierten Landwirtschaft auf ländliche Regionen widmeten sich Aussagen von Interviewten des Debattenkongresses. Sie konstatierten zum einen den starken Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte und die schwindende Einkommensstabilität der Landwirte:

„Die Bauern gehen auch auf die Straße und verdienen nichts mehr.“

Dem setzten die befragten Besucherinnen und Besucher, ähnlich wie im IUP, die Stärkung regionaler Kreisläufe und die Förderung von Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaften und

¹⁷ Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

¹⁸ Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sieht deshalb vor, dass der Anteil adipöser Jugendlicher nicht weiter ansteigen soll (Bundesregierung 2016: 76).

¹⁹ So bearbeiteten 1970 (nur BRD) 1.146.900 Betriebe im Durchschnitt 11,1 ha. Heute ist die Anzahl der Betriebe auf 285.000 geschrumpft, die allerdings im Durchschnitt die fünffache Fläche (58,6 ha) bestellen (BMLV 2016: 7).

Initiativen zur urbanen Landwirtschaft entgegen. Diskutiert wurde in dem Zusammenhang eine neue Landwirtschaftskultur, in der es zwischen Versorgendem vom Land und Versorgten in der Stadt neue wirtschaftliche und soziale Beziehungen gibt.²⁰

Aufgrund von Agrochemie, Maschinen und Züchterfolgen ist die deutsche Landwirtschaft heute hoch effizient, technisiert, spezialisiert und industriell organisiert. Das jedoch mit immensen ökologischen Folgen. Die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft betragen im Jahr 2014 72 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, das entspricht 8 Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland (BMUB 2016b: 63). Der Klimaschutzatlas 2050 visiert eine Reduktion der Emissionen auf 58 bis 61 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente bis zum Jahr 2030 an (BMUB 2016b: 66).

In den ausgewerteten Äußerungen wurde der nachhaltigen Landwirtschaft und der Ernährung ein hoher Stellenwert eingeräumt, beides wurde mit je zehn Nennungen als relevantes umweltpolitisches Thema eingestuft. Dabei standen für einen interviewten Besucher Klimaschutzaspekte und eine klimafreundliche Landwirtschaft nur in Bezug auf die Massentierhaltung auf der Agenda:

„Für uns ist das dringendste Problem die Massentierhaltung, die ja einen Großteil der Umwelt- oder viele der Umweltprobleme mitbedingt. (...) Allein die Tierhaltung verursacht 15 Prozent der weltweiten Treibhausgase, das ist natürlich ein großes Problem.“

Die Tierhaltung ist der wichtigste Produktionszweig der deutschen Landwirtschaft. Etwa 98 Prozent aller in Deutschland verzehrten Tiere stammen aus Massentierhaltung, in der die Tiere nicht artgerecht gehalten werden. Wie in den meisten anderen Ländern werden in Deutschland 60 Prozent des hier angebauten Getreides und 70 Prozent der Ölsaaten zur Erzeugung von Futtermitteln für die Tiere genutzt. Die restlichen Futtermittel werden importiert. Der Fleischkonsum ist in Deutschland mit 88 kg pro Person im Jahr ungebrochen hoch. Die umweltschädlichen Wirkungen der Massentierhaltungen wurden durch die interviewten Besucherinnen und Besucher kritisiert und es wurde gefordert,

„dass der Bestand an Nutztieren reduziert werden soll und auch der Konsum tierischer Produkte drastisch nach unten geschraubt werden soll.“

Neben den Klimaschutzzielen in der Landwirtschaft ist jedoch die Einschränkung weiterer negativer Folgen der Intensivlandwirtschaft wichtig. Durch den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wird die Artenvielfalt verringert. Grundwasser und andere Gewässer sind durch die Ausbringung von Gülle aus der Massentierhaltung und durch chemischen Dünger und Pflanzenschutzmittel stark belastet. Hier gilt es laut IUP, eine Nationale Stickstoffstrategie zu

²⁰ „So lokale oder regionale Kreisläufe, dass einfach gar nicht so viel transportiert werden muss, sowohl von Input als auch eben dann die Produkte. Dass auch viel Wertschöpfung auch irgendwie zu den Landwirten gelangt, dass die ein bisschen eingebunden werden in die Verarbeitung und die Vermarktung auch nicht nur der Rohstoffe, sondern auch der Produkte, die da rauskommen. Und dass das eingegliedert ist in eine Kultur auch, in der die Landwirtschaft eine ganz andere Rolle spielt, weil man einfach mehr Verständnis hat. Also, dass nicht losgekoppelt irgendwelche Leute irgendwo weit weg sind, die mit der Stadt nichts zu tun haben, sondern dass es Verbindungen gibt, die ich jetzt nicht genau formulieren kann, aber halt zum Beispiel über solidarische Landwirtschaft oder so was, dass man da einfach Verbindungen schafft und die Landwirte auch als Form der Experten vor Ort irgendwie ansehen kann. Wo man gemeinsam voneinander lernt.“

formulieren und umzusetzen und den Einsatz von Pestiziden zu vermindern (BMUB 2016a: 69). In der Nachhaltigkeitsstrategie wird eine Verringerung der Stickstoffüberschüsse auf 70 Kilogramm je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche im Jahresmittel 2028 bis 2032 angestrebt. Zum Schutz des Trinkwassers sollen darüber hinaus die Orientierungswerte zu dem Phosphorgehalt in fließenden Gewässern und dem Nitratwert im Grundwasser eingehalten werden (Bundesregierung 2016: 35, 60ff). Darüber hinaus sind durch die Intensivlandwirtschaft die Böden zunehmend von Degradierung gekennzeichnet. Monokulturen und enge Fruchtfolgen führen zu Humusabbau. Schwere landwirtschaftliche Maschinen verdichten die Böden und stören die Mikrofauna. 45 Prozent von Europas Böden haben dadurch deutlich an organischer Substanz verloren – dazu gehören Humus und Bodenlebewesen (Chemnitz, Weigerlt 2015: 18). Bodenschutz wurde auch von den interviewten Besucherinnen und Besuchern als wichtiger Bestandteil nachhaltiger Landwirtschaft angesehen:

„Also, wir müssen mit dem Boden gescheit umgehen, wir müssen Lebensmittel richtig anbauen.“

Damit einher ging die Forderung nach dem Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, die in Deutschland immer noch einen sehr geringen Anteil hat. 2015 wurde in Deutschland nur von 8,7 Prozent aller Betriebe auf 6,5 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologischer Landbau umgesetzt. Das entspricht 24.700 Betrieben und einer Fläche von 1 Millionen Hektar (BMLV 2016: 13). Auch das IUP zielt auf eine stärkere Förderung des Ökolandbaus und die ökologische Umgestaltung der EU-Agrarförderung. So soll der Ökolandbau auf bis zu 20 Prozent der Fläche erweitert werden und die EU-Zuwendungen sich künftig an gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft, wie Natur-, Umwelt-, Klimaschutz, Gesundheit, Tierwohl und Entwicklungsgerechtigkeit, orientieren (BMUB 2016a: 68). In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird dieses Ziel erneut bekräftigt. Der Indikator weist jedoch in diesem Bereich eine Lücke von mehr als 20 Prozent auf, d. h. es besteht stärkerer politischer Förderbedarf als bisher (Bundesregierung 2016: 67). Sarah Wiener bekräftigt in einer der Paneldiskussionen²¹ durch ihre Kritik die Reformansätze:

„Es wird das falsche landwirtschaftliche System unterstützt.“

Den Diskutierenden im Panel „Blockierer, Jobkiller, Prügelknabe – Wer braucht heute noch Naturschutz?“ reichte dieser Reformansatz nicht aus, sie forderten darüberhinausgehend die „Zusammenlegung von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium“, zumindest aber eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und verpflichtende Ziele.

²¹ Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

„Als Wirtschaftsrepräsentantin sage ich, wir brauchen nicht mehr, wir brauchen es besser.“ Sina Trinkwalder²²

Nachhaltige Wirtschafts(re-)formen sind in der heutigen Zeit ein globales Thema, bei dem es um die Umgestaltung der bestehenden Form des Wirtschaftens hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und dem Respekt planetarer Grenzen geht. Wie die Transformation der Industrieländer und ihrer Ökonomien vonstattengehen soll, welche Strategien und Instrumente geeignet sind, das ist hochumstritten. Auch auf dem „Festival der Zukunft“ waren die Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem und die Transformation in eine nachhaltige Ökonomie mit 10 Nennungen wichtige umweltpolitische Themen. Die Äußerungen in den Panels und von den Besucherinnen und Besuchern des Debattenkongresses lassen – neben der Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem – drei verschiedene Positionen zum Thema nachhaltige Wirtschaft sichtbar werden. Im Kern wird die Debatte um die Frage des Wachstums geführt und darum, ob und wie in einer auf Wachstum basierenden Gesellschaft nachhaltige Strategien des Wirtschaftens sich durchsetzen und erfolgreich sein können.

Die Verfechter des „Green New Deal“ sehen die Transformation als Chance und setzen auf das Neuentstehen von Wirtschaftszweigen. So betonte Hans-Joachim Schellnhuber, Direktor des PIK und Vorsitzender der WBGU, in einem Panel²³,

„... selbst das Zwei-Grad-Ziel bedeutet eine weltweite industrielle Revolution und zwar in den nächsten 30 Jahren. Die positive Botschaft ist, das ist das größte Wachstums- und Beschäftigungsprogramm in der Geschichte der Menschheit.“

Volker Löss, Sprecher des BDI, forderte im Zuge dessen, dass veränderungsbereite Kräfte aus Industrie und Wissenschaft durch mehr Investitionen seitens des Staates und der Wirtschaft zu Innovationen stimuliert werden.²⁴ Das findet sich auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wieder, die zum einen den Anteil deutscher Industrie an umweltfreundlichen Technologien und Produkten herausstellt und zum anderen in der Hightech-Strategie alle Maßnahmen zur Innovationsförderung bündelt (Bundesregierung 2016: 123). Gleichzeitig sah Löss²⁵ die Industrie auch in der Pflicht, sich mehr für Nachhaltigkeit zu engagieren.

„Wir müssen tatsächlich im Industriebereich noch eine Menge machen.“

Viele Beiträge auf dem „Festival der Zukunft“ und auch die Unternehmerin Sina Trinkwalder auf dem Panel zeigten jedoch, dass Nachhaltigkeit bereits Teil unternehmerischer Praxis in

²² Geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

²³ Geäußert im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

²⁴ „Ich würde eher versuchen, die Kräfte, die wir haben, die verändern wollen, die Kraft der Märkte und der Wissenschaft, zu stimulieren. Geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

²⁵ Geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

Deutschland ist und zugleich ökonomisch erfolgreich umgesetzt werden kann. Wichtige Aspekte sind dabei sowohl ein veränderter Umgang mit Ressourcen als auch Effizienzsteigerungen. Karsten Neuhoff, Professor für Energie- und Klimapolitik an der TU Berlin, benannte dabei im Panel²⁶ bestehende Herausforderungen.

„Wie kommen wir mit weniger Ressourcen aus und wie stellen wir die, die wir brauchen, effizienter her?“

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Ressourcenschonung und -einsparung als ein Unterziel des 8. SDG definiert. Es wird konstatiert, dass die Gesamtrohstoffproduktivität zwischen 2000 und 2010 um 1,5 Prozent zugenommen hat und das Ziel formuliert, diesen positiven Trend bis 2030 beizubehalten (Bundesregierung 2016: 37).

Neben der Diskussion über Ressourceneinsparungen und -effizienz in Industrieprozessen, richteten sich die Äußerungen auf dem Debattenkongress auch auf den individuellen Konsum und Ressourcenverbrauch. So wurde mehrmals das Überangebot an Konsumartikeln kritisiert und der damit verbundene immense Ressourcenverbrauch. Exemplarisch stand dafür folgende Äußerung von Sina Trinkwalder²⁷ aus dem Panel „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“:

„Wir kommen nicht drum rum, wir müssen weniger konsumieren.“

Im IUP wird deutlich auf die globalen Umweltauswirkungen des gegenwärtigen Konsums hingewiesen und ein nachhaltigeres Konsumverhalten gefordert. Zugleich wurde in dem oben genannten Panel konstatiert, dass es in der Bevölkerung noch eine deutliche Lücke zwischen dem Wissen um die ökologischen und sozialen Auswirkungen des eigenen Konsums und dem eigenen Handeln gibt.

Die ausgewerteten Äußerungen des „Festivals der Zukunft“ verbinden sich mit der Konsumkritik zu moralischen Appellen, die eine Änderung des individuellen Konsumverhaltens und des eigenen Lebensstils fordern, wie beispielsweise durch Mary Robinson in einem Panel²⁸:

„Wir müssen auch unseren Lebensstil ändern. Wir können ein gutes Leben haben, aber viel einfacher.“

Sowohl Nico Paech als auch Sina Trinkwalder wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es beim Konsumverzicht nicht um Askese gehe, sondern um den Abwurf von Ballast. Mit der Konsumkritik verbunden wurden verschiedene Wirtschaftskonzepte, die auf das Schrumpfen der Wirtschaft, ihre Regionalisierung und die Verwendung der Ressourcen in Kreisläufen setzen.

„Meine Vision ist, dass sich Menschen mehr auf das Sinnvolle beziehen und in Kreisläufen wieder wirtschaften und leben.“²⁹

²⁶ Geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

²⁷ „Wir haben viel zu viele Sachen, die wir alle gar nicht brauchen. Also man versteht halt auch nicht, warum liegen zehn Buttersorten im Kühlfach und nicht nur eine und es ist halt einfach eine Überproduktion da.“

²⁸ Geäußert im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

²⁹ Sina Trinkwalder im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

Die interviewten Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses zweifelten, ob eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum im gegenwärtigen Wirtschaftssystem möglich seien und formulierten Kritik am Wirtschaftswachstum.³⁰ Stellvertretend dafür stand die Äußerung von Kai Niebert³¹, Präsident des DNR, der zudem einen Wechsel von Denkrahmen anmahnte und die positive Besetzung des Wachstumsbegriffs kritisierte:

„Mit Wachstum werden wir uns tiefer in die Probleme als Menschheit reinreiten.“

Im Gegensatz dazu stellt das IUP heraus, dass Entkopplung und Wachstum möglich sei und setzt auf die Entwicklung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft als neue wirtschaftliche Rahmenordnung. In dieser verbinden sich dauerhaft und tragfähig wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Wohlstand, Wachstum, soziale Verantwortung und Umweltschutz (BMUB 2016a: 29). Deziert formulierte im Zuge dessen die Leitstelle „Gender, Umwelt, Gerechtigkeit“ auch eine Kritik am Wirtschafts- und Wachstumsverständnis, das Eingang in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie gefunden hat³²:

„Im Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird wirtschaftliches Wachstum als Dreh- und Angelpunkt einer nachhaltigen Entwicklung und Allheilmittel für ökologische und soziale Probleme dargestellt. Dies gilt es zu korrigieren, weil Wirtschaftswachstum nachweislich kontraproduktiv auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit wirkt.“

B.3.6. Naturschutz

„2030 hoffe ich, dass man bewusster mit der Natur umgeht.“³³

Deutschland ist reich an Tier-, Pflanzen-, und Pilzarten. Sie machen insgesamt vier Prozent der globalen Fauna aus. Der auf einem Drittel der Landesfläche wachsende Wald ist wichtiger Lebensraum für viele Tiere. Doch die Artenvielfalt in Deutschland ist bedroht. Die sogenannte Rote Liste zeigt einen deutlichen Rückgang der biologischen Vielfalt an: 70 Prozent der Lebensräume werden als „gefährdet“ bezeichnet. 26 Prozent der rund 3.000 einheimischen Farn- und Blütenpflanzen sind bestandsgefährdet, fast zwei Prozent ausgestorben oder verschollen. Außerdem sind 36 Prozent der einheimischen Tierarten bedroht, 3 Prozent ausgestorben oder verschollen. Mit dem Verlust der biologischen Vielfalt ist zum einen die Stabilität von Ökosystemen gefährdet, zum anderen gerät auch die landwirtschaftliche Tier- und Pflanzenproduktion in Gefahr, die zugleich durch ihre Intensivbewirtschaftung eine der Ursachen für das Artensterben ist. Der hohe Flächenverbrauch, das heißt die Versiegelung von Böden, gehört immer noch zu einem der schwerwiegendsten und ungelösten Umweltprobleme

³⁰ „Die Integration in die soziale Marktwirtschaft wird nicht funktionieren, weil es das Credo des Wachstums gibt.“

³¹ Geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

³² Rückmeldung der Referentin per E-Mail nach dem Debattenkongress.

³³ Aus einem Interview mit einem Besucher des Debattenkongresses.

in Deutschland. Auch global ist die Belastbarkeitsgrenze der biologischen Vielfalt überschritten. In den letzten 40 Jahren hat sich laut Living Planet Report der Bestand von Wirbeltierarten halbiert. Seit 1990 wurde eine Naturwaldfläche vernichtet, die mehr als sechseinhalb Mal so groß wie Deutschland ist (WWF 2016: 7). Auch in der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland wird unter dem SDG 15 konstatiert, dass die Erhaltung der Arten, der Schutz und die Bewahrung von Lebensräumen und Ökosystem sich negativ und in die falsche Richtung entwickelt (Bundesregierung 2016: 196ff). Im IUP sind Herausforderungen und neue Aufgaben in Sachen intakte Natur formuliert. Dazu zählt, die Naturschutz-Offensive 2020 umzusetzen, den rechtlichen Rahmen für Bodenschutz weiterzuentwickeln und Vollzug zu stärken, die Fischereipolitik naturverträglich auszugestalten, eine flächendeckende naturnahe Bewirtschaftung der Wälder sowie mehr Wildnisgebiete und die Umsetzung der Biodiversitätskonvention zu fördern (BMUB 2016a: 61). Die Bedrohung der Artenvielfalt ist auch für die befragten Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses ein wichtiges umweltpolitisches Thema. In den Interviews wurde die Bedrohung von Lebensräumen und Arten, beispielsweise die Gefährdung des Waldes oder der Nistplätze von Vögeln, deutlich zur Sprache gebracht.

„Auch in Deutschland ist es nicht so gut um den Wald bestellt.“

„Der Verlust von Pflanzenvielfalt ist auch ein Verlust von Genuss und Lebensart.“

Als besonders wichtig erachteten die Befragten des „Festivals der Zukunft“ einen Bewusstseinswandel im Umgang mit der Natur. Das schließt die Kritik an nicht nachhaltigem Ressourcenverbrauch von Rohstoffen, der Intensivlandwirtschaft, aber auch Eingriffe in Ökosysteme durch den Menschen ein. So merkten viele Userinnen und User auf Facebook und Twitter an, dass die intensive Landwirtschaft in Deutschland dazu führt, dass immer mehr Tier- und Pflanzenarten bedroht sind:

„Und man braucht genügend Erkenntnisse auch in der Bevölkerung, damit die Leute aufpassen.“

Die im IUP konstatierte fehlende Wertschätzung von Natur und ihren Ökosystemleistungen als Lebensgrundlage bestätigten auch Aussagen von weiteren Befragten:

„2030 hoffe ich, dass man bewusster mit der Natur umgeht, weil schließlich sind wir nur Gäste und sollten das schätzen, dass wir hier sein dürfen und dass wir so viele Möglichkeiten haben.“

Der Naturschutz steht in einem Spannungsfeld zwischen internationalen, nationalen und lokalen Einflüssen. Den globalen Klimawandel, Infrastrukturmaßnahmen, Rohstoffabbau, Urbanisierung, Landwirtschaft und die Energiewende gilt es unter der Beachtung von Bürgeranliegen mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt in Einklang zu bringen. Die damit verbundenen Herausforderungen wurden in den Interviews auf dem Debattenkongress nicht geäußert, aber im Panel debattiert. Hier wurden vor allem die Konflikte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft und der Energiewende diskutiert und beispielsweise konstatiert, dass der Export von Umweltbelastungen in andere Länder keine Lösung darstellt.

„In den Städten wird sich entscheiden, ob die Transformation zur Nachhaltigkeit gelingt.“ Benno Pilardeaux³⁴

Bis 2050 werden zwei Drittel der Menschen weltweit in Städten leben. In Deutschland sind es schon heute etwa drei Viertel. Bei der Transformation der Städte zur Nachhaltigkeit gilt es eine Reihe von Herausforderungen zu bewältigen, zuvorderst den Wohnraummangel, aber auch den Klimawandel, den hohen Energie- und Ressourcenverbrauch, die Umweltverschmutzung und die einhergehenden Gesundheitsgefährdungen sowie die Stärkung der Partizipation. Zugleich besitzen die städtischen Zentren enorme Potenziale: Sie sind Orte der sozialen, kulturellen, technischen und wirtschaftlichen Innovation. Sie besitzen zudem durch die Ballung von Know-how und personellen Ressourcen eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökonomischen und sozialen Nutzen für Staat, Stadt und Bevölkerung und bieten große Potenziale zur Effizienz und Suffizienz auf allen Ebenen – sozial, technisch und wirtschaftlich. Im IUP steht die umweltgerechte partizipative Entwicklung von Städten im Zentrum. Vorrangig sollen der Lebenszykluskostenansatz und Nachhaltigkeitsstandards im Bau verankert, Strategien für integrierte, ressourceneffiziente und resiliente Infrastrukturen und Klimaanpassungsmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Darüber hinaus sollen die Chancen der Digitalisierung von Stadt ausgelotet und der Flächenschutz vorangetrieben werden (BMUB 2016a: 75).

Dass Stadtentwicklung zugleich Umweltpolitik und wichtig für eine nachhaltige Entwicklung ist, war in den Äußerungen auf dem „Festival der Zukunft“ nicht stark präsent. Nur fünf Interviewte benannten die Urbanisierung als das drängendste umweltpolitische Thema. Jedoch widmete sich das Panel „Wie grün ist die Stadt der Zukunft?“ ausschließlich diesem Thema und dessen Teilnehmende diskutierten auf der großen Bühne des Debattenkongresses Herausforderungen und zentrale Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Die Bereitstellung von bezahlbarem, sozialem Wohnraum stelle eine der größten Herausforderungen in der gegenwärtigen Stadtentwicklung dar. Im Panel wurde dazu die Forderung formuliert,

„Wohnraum muss bezahlbar sein“.

Den zentralen Schlüssel bildete nach Meinung der Diskutierenden der soziale Wohnungsbau, der die soziale Entmischung von Vierteln verhindern und preiswerte Mieten ermöglichen könne. Beim Wohnungsbau stehe man zudem vor der doppelten Herausforderung, soziale Gerechtigkeit und Ökologie zusammenzuführen und umzusetzen, zumal die Verdichtung der Städte und die Reduzierung von Grünflächen die Umwelt- und Lebensqualität auf sozialer Ebene senke.

Auf dem Panel wurde darüber hinaus thematisiert, dass Städte Hotspots des Energie- und

³⁴ Schriftliches Statement von Benno Pilardeaux, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Ressourcenverbrauchs sowie Zentren der Umweltverschmutzung seien. Bereits heute sind sie durch die Zunahme von Wetterextremen vom Klimawandel betroffen. Somit sind die Grünflächen der Städte von erheblicher Bedeutung für die Anpassung an den Klimawandel, die Entwicklung klimaresilienter Städte und die Verbesserung der Luftqualität. Gleichzeitig führe aber der Wohnraumangel zur baulichen Verdichtung der Stadt und dazu, dass Grünflächen, Parks und ökologische Nischen unter Druck geraten und soziale Erfordernisse des Wohnungsbaus gegen ökologische ausgespielt werden. Zudem stehe die Ausdehnung der Städte in der Fläche und die damit einhergehende Zersiedlung und Versiegelung von ökologischen Flächen im Gegensatz zu nötigen Klimaanpassungsmaßnahmen. Hier gelte es, Umweltschutz, Gerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz mit innovativen Maßnahmen zum Städtebau und zur Resilienz zu verbinden.

Benno Pilardeaux, Leiter der Medien und Öffentlichkeitsarbeit des WBGU, lenkte in seinem Statement die Aufmerksamkeit auf die Umsetzung der Agenda 2030³⁵ und das Klimaschutzabkommen.

„Die im Jahr 2015 beschlossene 2030 Agenda mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen werden nur dann umsetzbar sein, wenn es gelingt, die Städte in die Richtung dieser beiden Abkommen zu entwickeln. In den Städten wird sich entscheiden, ob die Transformation zur Nachhaltigkeit gelingt.“

Er wies in diesem Zusammenhang auf den immensen Ressourcenverbrauch im Städtebau hin, der mit den formulierten CO₂-Zielen des Klimaschutzabkommens in Paris kollidiert. Pilardeaux mahnte an:

„Wenn sich die Wucht der Urbanisierung mit der erwarteten Verdopplung der seit der Industrialisierung entstandenen urbanen Infrastrukturen bis Mitte des Jahrhunderts nach dem bisherigen Muster fortsetzt, dann wäre ein Großteil des noch übrigen CO₂-Budgets zur Einhaltung der Zwei-Grad-Klimaschutzleitpanke ausgeschöpft.“

Zukünftiger Städtebau und Stadtentwicklung verlangen demnach ein Nachdenken über geeignete Baustoffe und urbane Mobilität. Hans Joachim Schellnhuber entwarf im Zuge dessen die Stadt der Zukunft als eine Stadt aus Holz und Lehm. Im Panel wurde diese Vision erweitert zu einer zukünftigen Stadt, die klimaresilient und bezahlbar ist, in der sich Wohnen und Arbeiten verbinden, in der die Quartiere sozial durchmischt sind und einen Ort der Kommunikation bilden.

³⁵ Gleich mehrere SDG berühren den Themenbereich nachhaltige Stadtentwicklung. **SDG 9:** „Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“. **SDG 11:** „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“. **SDG 13:** „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“.

B.3.8. Umweltgerechtigkeit

*„Nachhaltigkeit muss auch bezahlbar sein, sonst ist sie nicht nachhaltig.“
Dr. Ingrid Vogler GdW³⁶*

Umweltgerechtigkeit ist ein Querschnittsthema, das alle zuvor skizzierten umweltpolitischen Handlungsfelder betrifft und aus diesem Grund am Ende stehen soll. Mit 12 Nennungen ist Umweltgerechtigkeit eines der wichtigsten umweltpolitischen Themen für die Befragten des „Festivals der Zukunft“ und nahm auch in den Paneldebatten einen großen Raum ein. Deutlich wurde in den Diskussionen und Äußerungen auf dem Debattenkongress zum einen, dass eine nachhaltige soziale Entwicklung angesichts der Folgen des Klimawandels, des Hungers und der Armut und der Gesundheitsgefährdungen durch Umweltverschmutzungen dringend angeraten sei, und zum anderen, dass die transformativen Prozesse zugleich in ihren sozialen Auswirkungen politisch begleitet und abgefedert werden müssten.

Umweltgerechtigkeit betreffe neben den inter- und intragenerationellen Aspekten vor allem globale und lokale Verteilungsaspekte. Das sind insbesondere räumliche und soziale Aspekte von Umweltbelastungen oder Umweltgütern. Besondere Bedeutung gewinnt die Umweltgerechtigkeit vor dem Hintergrund des Klimawandels und seinen negativen Auswirkungen. Der ehemalige Präsident von Kiribati Aote Tong³⁷ thematisierte angesichts seines von Überflutung bedrohten Staates auf dem Debattenkongress:

„Der Klimawandel ist die größte Herausforderung für die moralischen Werte, für die Menschlichkeit. Die Frage ist die nach Klimagerechtigkeit.“

Nachhaltigkeit, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Gesundheitsschutz müssten für die Umsetzung von Umweltgerechtigkeit viel stärker miteinander verbunden werden. In den SDGs kommt dies bereits zum Ausdruck, aber auch bei den im IUP genannten Schlüsselbereichen ist die Sozialverträglichkeit der Transformationsprozesse benannt, beispielsweise im weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, aber auch beim Kohleausstieg.

In Deutschland sind Menschen mit geringem Bildungsabschluss und geringem Einkommen stärker von Umweltbelastungen betroffen als sozial bessergestellte Menschen. Sie sind vor allem häufiger von verkehrsbedingten Gesundheitsbelastungen wie Lärm und Luftschadstoffen betroffen, haben weniger Zugang zu städtischen Grünflächen, verfügen über geringere Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten und müssen unter schlechteren bioklimatischen Bedingungen leben. Aktuell wird die ungerechte Verteilung von Umweltbelastungen und Umweltgütern besonders deutlich bei dem Bau von Flughäfen, der Endlagersuche oder dem Braunkohltagbau, aber auch bei der Verdichtung von Stadtquartieren.

Diese sowohl lokalen als auch globalen sozialen Ungerechtigkeiten gelte es laut eines schriftlichen Statements der NGO „gender cc“ zu verändern und zukünftig Aspekte von sozialer

³⁶ Statement per Twitter. Beim GDW handelt es sich um den Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.

³⁷ Geäußert auf dem Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel. Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit stärker in transformative Prozesse einfließen zu lassen:

„Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit müssen als Querschnittsaufgaben in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, aber auch in der Umwelt- und Klimapolitik verankert werden.“

„Es besteht 19 Prozent Wahrscheinlichkeit zur Rettung der Welt.“ Hans Joachim Schellnhuber

Hamburg. Ein Zusammenschluss von 50 Unternehmen, darunter Primark, Ikea und Siemens hat unterstützende Kooperationen mit seinen Zulieferfirmen geschlossen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen orientieren sich an gemeinsam vereinbarten fairen Standards, die negativen Umweltwirkungen auf Mensch und Natur werden klar begrenzt sowie finanziell und durch Know-how unterstützt.

Köln. In der Innenstadt hat heute der fünfzigste Supermarkt eröffnet, der günstige regionale Produkte verpackungsfrei anbietet. Die Konsumenten können darüber hinaus anhand einer einfachen Ampelkennzeichnung und detaillierter Informationen erkennen, ob Produkte fair und biologisch produziert wurden.

Nationalpark Bayerischer Wald. Gestern erinnerte der Nationalpark mit einer Wildsafari an die Rückkehr von Luchs und Braunbär vor 15 Jahren. Gast war auch die Bundeskanzlerin. Sie hob die Vorbildwirkung des Nationalparks bei der Bewahrung der Artenvielfalt und für die 20 Wildnisregionen in Deutschland hervor.

Berlin. Heute feiern Bundestag und Bundesrat in einem Festakt die vor zehn Jahren beschlossene Grundgesetzänderung. 2020 wurde mit großer Mehrheit Nachhaltigkeit als Maxime politischen Handelns im Grundgesetz verankert. Seitdem muss jedes politische Vorhaben darauf geprüft werden, welche Auswirkungen es auf die nachhaltige Entwicklung hat.

Magdeburg. Den Landwirten der Magdeburger Börde ist etwas gelungen, was unmöglich erschien: Der Börde-Boden gilt wieder als fruchtbarster Boden Deutschlands. Gelungen ist das durch die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft und die konsequente Vermeidung von Pestiziden und Herbiziden seit zehn Jahren.

Jänschwalde. Nach zehnjähriger Rückbauzeit konnte gestern das Kapitel Braunkohleförderung in der Lausitz abgeschlossen werden. Für die ehemaligen Mitarbeiter wurde ein umfangreiches Neuorientierungsprogramm aufgelegt, wodurch 95 % wieder in Beschäftigung gelangten.

Stuttgart. Nun liegen die Ergebnisse aus der Modellregion „Mobilität 2030“ vor. 80 % aller Bürger legen mittlerweile ihre täglichen Wege umweltfreundlich zu Fuß, mit dem Rad, dem EE-ÖPNV oder EE-Carsharing zurück. Der kostengünstige Nahverkehr, Radschnellstraßen sowie die erhöhte Drecksteuer für individuelles Autofahren waren laut Studie der Schlüssel zur gesunden, grünen Mobilität.

Vechta. Gestern stellte die Landrätin die prämierten und von Bürgern entworfenen Modelle eines Wettbewerbs vor, der das Ziel hatte, die vielen stillgelegten Großtiermastanlagen neu und kreativ zu nutzen.

Bonn. Die 195 Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) einigten sich heute auf verbindliche Maßnahmen zur weiteren Begrenzung des Klimawandels.

Peking. Auf dem Treffen der G20 wurde über die Ergebnisse des gemeinsamen CO₂-Emissionshandels debattiert, der seit acht Jahren für die größten Emittenten von CO₂ gilt.

Borken. Heute treffen in Borken über 50 internationale Delegierte des Netzwerkes „100 % EE global“ ein, um sich erneut über eine kommunale Versorgung mit Erneuerbaren Energien auszutauschen. Im Netzwerk geben erfahrene Kommunen kostenlos Know-how und Technologien an Städte und Dörfer in Asien, Afrika und Lateinamerika weiter.

Greiz. Die Bewohner des Thüringer Landkreises Greiz hießen gestern herzlich den zweitausendsten Klimaflüchtling willkommen.

München. Die Stadt konnte ihren Ruf als Stadt des nachhaltigen sozialen Wohnungsbaus sichern. Gestern wurde nach fünfjähriger Umbauzeit das Viertel GiesingGrün eröffnet. Es wurde gemeinsam mit den Bewohnern umgestaltet und besticht nun durch viel Grün, umweltfreundlichen Baumaterialien und einen Quadratmeterpreis von 8 Euro.

B.5. Forderungen und Handlungsbedarfe

B.5.1. Unsere Umwelt sollte die Grundlage unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns sein

Wir leben im Zeitalter des „Anthropozäns“³⁸. Der Kerngedanke dieses Konzeptes ist, dass der Mensch untrennbar mit der Natur verbunden ist und immer intensiver auf planetarische Prozesse einwirkt: Neben den natürlichen Extremen wie Erdbeben oder Vulkanausbrüchen erzeugt die Zivilisation eigene, weltumspannende Probleme. Der Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Verunreinigung der Meere oder die Ausbreitung der Wüsten konfrontieren uns mit ganz neuen Herausforderungen. Lebens- und Konsumstile, wirtschaftliche Abläufe und politische Institutionen müssen verändert werden, damit die planetaren Grenzen eingehalten werden.

Dementsprechend benannte Prof. Dr. Klaus Töpfer als Redner auf dem „Festival der Zukunft“³⁹ drei Stichworte als zentrale Herausforderungen zukunftsgerichteter Umweltpolitik:

„Digital, Anthropozän, 9 Milliarden“.

Neben dem Einfluss des Menschen auf die Umwelt stünden demnach die Digitalisierung und das Bevölkerungswachstum im Fokus, daraus resultierte für Töpfer die Forderung nach einer grundsätzlich neuen Umweltpolitik. Denn die gegenwärtigen umweltpolitischen Herausforderungen, die sich aus persistenten Umweltproblemen und den sie verursachenden Strukturproblemen der Gesellschaft ergeben, hätten zu der Erkenntnis geführt, dass weitreichende und zielführende politische Maßnahmen notwendig sind, um eine umfassende Transformation zu erreichen. Immer problematischer sei dabei unterlassene Umweltpolitik, da viele der Wirkungen auf Mensch und Natur erst in der Zukunft offensichtlich werden.

Dementsprechend wurde der Status Quo von Umweltpolitik von vielen befragten Besucherinnen und Besuchern des Debattenkongresses als verbesserungswürdig eingestuft: Es fehle

„... an der Ernsthaftigkeit bei der Umsetzung von Umweltpolitik“, „viele der Maßnahmen sind noch viel zu lasch“, und „es fehlt, vor allem, glaube ich, ganz oben auf der Politikebene der Wille, etwas zu verändern“.

Umweltpolitik würde oft als reine Fachpolitik gesehen, die als solche nur verwaltet wird, Handlungsspielräume und Wirkungsmöglichkeiten sind dadurch eingeschränkt (vgl. Jacob et al. 2016: 10). Die Herausforderung bestehe darin, den Zusammenhang von Umweltproblemen im Kontext aller Politikfelder zu sehen und dabei soziokulturelle, gesellschaftliche Dynamiken nicht aus dem Auge zu verlieren, da Umweltpolitik immer auch eine gesellschaftspolitische Dimension hat (vgl. Wehrspau, Schack 2013: 26). Um die Herausforderungen zu bewältigen und eine auf Transformation gerichtete Umweltpolitik umzusetzen, ist ein grundlegender Wandel der Gesellschaft vonnöten. Denn das Ausmaß der Probleme und Maßnahmen übersteigt die bisherigen umweltpolitischen Maßnahmen bei

³⁸ Der Begriff wurde 2000 vom niederländischen Chemiker und Atmosphärenforscher Paul Crutzen gemeinsam mit Eugene F. Stoermer geprägt, Link https://de.wikipedia.org/wiki/Anthropoz%C3%A4n_-_cite_note-2.

³⁹ Geäußert auf dem Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

Weitem. Notwendig ist daher eine Veränderung des Selbst- und Rollenverständnisses von Umweltpolitik hin zu einer Gesellschaftspolitik (vgl. Schäfer et al 2015: 7). Auf dem Podium des „Festivals der Zukunft“ wurde von Jennifer Morgan, Greenpeace International, eindringlich darauf hingewiesen:

„Erfolgreiche Umweltpolitik ist Außenpolitik, Entwicklungspolitik, Landwirtschaftspolitik, all das zusammen.“

Der Wunsch nach einem systemischen Ansatz ist in vielen Diskussionsveranstaltungen des Debattenkongresses deutlich geworden, wie beispielsweise bei den beiden zentralen Panels des Bundesumweltministeriums. Oft reichten Umweltpolitik und deren Zuständigkeit in andere Politikfelder nicht aus – darunter zentrale Themen wie Energieversorgung, Mobilität, Wohnen und Ernährung – die in der Regel nur aus ihrer eigenen Fachperspektive heraus agieren. Zweitens gebe es bei umweltpolitischen Themen vielfältige Überlappungen der Felder und Fachbereiche. Schließlich sei die gesellschaftliche Dimension bei der politischen Entscheidung mit zu integrieren.

Das Integrationsprinzip als zentrales Element von Umweltpolitik, das diese als eine Querschnittsaufgabe definiert, wurde schon seit den 1970er Jahren in Deutschland herausgestellt (Simonis 2006). Die konsequente Umsetzung des Integrationsprinzips wurde von vielen Beteiligten des „Festivals der Zukunft“ gefordert, unter anderen von Hans-Werner Sinn und Klaus Töpfer bei einer zentralen Paneldiskussion⁴⁰.

„Es braucht einen gemeinsamen integrierten Ansatz in der europäischen Umweltpolitik.“

„Wir müssen integrativer sein. Das ist eine Aufforderung an die Bundesregierung und nicht nur an ein einzelnes Ministerium.“

Das Integrierte Umweltprogramm 2030 verfolgt diesen integrativen und transformativen Ansatz, der gesellschaftliche Veränderungen aufgreift und neue, nachhaltige Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsentwürfe fördert, indem Instrumente der Umweltpolitik weiterentwickelt werden (BMUB 2016a: 27). Niederschlag findet dieser Ansatz ebenso in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

Eine integrative und transformative Umweltpolitik wünschten sich auch die Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses. Ein Befragter forderte,

„dass Politik sich insgesamt an Umweltinteressen orientiert, also dass das die oberste Prämisse ist, statt jetzt als Letztes irgendwie jeweils abgefragt und dann ignoriert zu werden“.

Auch in Bezug auf konkrete Themen wie den Klimaschutz wurde angemahnt,

„dass das von höchster Stelle aus, auch von der Kanzlerin, aber auch vom Bundespräsidenten, entsprechend auf der Agenda verortet wird und auch durch ihr eigenes Wirken unterstrichen wird. Dass das nicht eines unter tausend anderen Themen und Reden ist, sondern dass das eine besondere Stellung einnimmt. Das ist wichtig“.

⁴⁰ Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) sieht für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen die staatliche Verantwortung und möchte dafür institutionelle Vorkehrungen treffen (SRU 2012). Die Einführung einer Umweltintegrationsklausel nach europäischem Vorbild (Artikel 11, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)) in das Grundgesetz oder auch die Stärkung des Umweltressorts im Bundeskabinett durch die Einführung eines suspensiven Widerspruchsrechts des Bundesumweltministeriums sowie eines Initiativrechts in anderen Geschäftsbereichen wird für sinnvoll erachtet. Die Bundesumweltministerin selbst fordert im IUP ein Initiativrecht. Das würde bedeuten, dass das Bundesumweltministerium im Einvernehmen mit der Bundeskanzlerin verlangen kann, sich auch mit Angelegenheiten von Geschäftsbereichen anderer Ministerien zu befassen. Dieses Initiativrecht gibt es schon für das Familienministerium und das Verbraucherschutzministerium und ist in der Geschäftsordnung der Bundesregierung verankert.

Für viele Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses gingen diese Forderungen des Bundesumweltministeriums noch nicht weit genug. Denn Umweltpolitik befasse sich meist nicht mehr wie bislang mit der Beseitigung konkreter, meist lokaler Probleme durch additive technologische Hilfsmittel („end of pipe“) und durch die Vorgabe von Qualitätszielen, sondern mit den sehr viel abstrakteren, häufig nicht direkt erfahrbaren Zusammenhängen wie dem Klimawandel. Sie solle sich dabei neben der Beseitigung negativer Umweltfolgen vor allem präventiv und vorausschauend als Querschnittsaufgabe verstehen und die Ursachen negativer Umweltfolgen bekämpfen. Neben dem Initiativrecht wurde auf dem „Festival der Zukunft“ aus diesem Grund ein Vetorecht angemahnt, das dem Bundesumweltministerium erlauben würde, Gesetze anderer Ministerien zum Schutz der Natur und zur Einhaltung der planetaren Grenzen zu blockieren und zu verhindern. Ein Vetorecht gibt es bisher aber nur für das Finanz- und das Justizministerium. Ein Vetorecht hatten die wissenschaftlichen Berater für das neue Integrierte Umweltprogramm ebenfalls der Bundesumweltministerin empfohlen, um das Gelingen der Transformation hin zu einer Umweltpolitik der Zukunft zu ermöglichen. Einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Debattenkongresses, wie der Journalist und Autor Peter Unfried, gingen sogar noch einen Schritt weiter und wünschten sich die

„Einrichtung eines zentralen Ministeriums für sozialökologische Wirtschaft, neue Mobilität und Erneuerbare Energien für Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiewende“.

B.5.2. Wir benötigen ein anderes, nachhaltiges Wirtschaftsmodell

Wirtschafts- und Finanzpolitik spielen zunehmend eine, wenn nicht die zentrale Rolle in der globalisierten Welt. Auf die „Grenzen des Wachstums“, die planetaren Grenzen, machte der Club of Rome schon 1972 (Meadow et al. 1994) aufmerksam, doch erst der Zusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008 und die darauffolgende sinkende Wirtschaftsaktivität haben ein allgemeines Bewusstsein dafür geschaffen, das westliche neoliberale Wirtschaftssystem und das Credo des Wachstums infrage zu stellen. Wirtschaftswachstum und das Bruttosozialprodukt als Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand stehen seitdem zunehmend in der Kritik. Das äußerten auch Besucherinnen und Besucher des „Festivals der Zukunft“ im Interview:

„Die aktuelle ökonomische Dynamik, also sprich die Wirtschaft, müsste grundsätzlich anders geplant werden, dass es nicht nach Wachstumsorientierung oder Profitorientierung geht, sondern die Umwelt das oberste Kriterium ist.“

Auch der Ökonom Hans-Werner Sinn⁴¹ sah in der gängigen Wirtschaftsweise das Hemmnis für eine nachhaltigere Politik:

„Die Marktwirtschaft kann vieles, nur keine Umweltprobleme lösen.“

Diese Kritik ist ein wesentlicher Grund für nationale und globale Überlegungen zu nachhaltigen Wirtschaftsreformen: Dokumente wie der Green-Economy-Report des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP 2011), das Millennium Ecosystem Assessment oder das Konzept der „Planetaren Grenzen“ (Meadow et al. 1994) zeugen davon. Der Deutsche Bundestag trug 2013 im Rahmen einer Enquete-Kommission drei Jahre lang mit den herkömmlichen Vorstellungen von „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ (Giesselmann et al. 2013) sowie mit möglichen Alternativen zur Debatte bei. Es geht um die Umgestaltung der bestehenden Form des Wirtschaftens, darum, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen und planetare Grenzen zu respektieren. Viele interviewte Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses wünschten, dass ein Weg gefunden wird, Umwelt- und Wirtschaftsbelange zu vereinbaren:

„I wish that we are better in seeing the connection between the economic system and the possibility for sustainable development within politics.“

„Man sollte die Wirtschaft und die Umwelt zusammenbringen. Letztendlich muss man für beide eine Art Incentive schaffen, so dass jeder die andere Seite miteinbezieht und offen für die andere Seite ist.“

„Ich wünsche mir, dass eine neue Form von Wirtschaft entsteht und die Menschen umdenken in dieser Hinsicht.“

Konkret bedeute das eine Abgrenzung von der fortschreitenden Rationalisierung, Beschleunigung, Globalisierung hin zu Kooperation, Dezentralität und Regionalität, geschlossenen Ressourcenkreisläufen unter der gleichzeitigen Wahrung oder Etablierung von Arbeitsrechten. In diese Richtung gehen auch die Forderungen im Integrierten Umweltprogramm des Bundesumweltministeriums, das ein erweitertes Verständnis von Wirtschaften durch die Ergänzung des Begriffes Wohlfahrt fordert (BMUB 2016a: 33). Dem Bruttoinlandsprodukt soll ein Nationaler Wohlstandsindex ergänzend zur Seite gestellt werden. Zudem soll ein Konzept für nachhaltige Lebensstile mit hohem Zeitwohlstand entwickelt werden, um den bisherigen monetären Fokus auf andere Lebensqualitäten zu verschieben.

Bei der Transformation des bestehenden Wirtschaftssystems gibt es eine Reihe von Herausforderungen. Eine grüne Wirtschaft impliziert die Umgestaltung und Abwicklung von Industriezweigen und den Verlust von Arbeitsplätzen. Zugleich zeigen die neuen grünen Wirtschaftszweige, wie die Sharing-Economy und die Erneuerbaren-Energien-Industrie, dass gängige Arbeitnehmerrechte schwer zu etablieren sind. Die politische Reaktion auf die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre verdeutlicht zudem, dass sich nachhaltige Strategien und

⁴¹ Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

Ideen schwer durchsetzen und dass eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum kaum vorstellbar ist.

An die auf dem „Festival der Zukunft“ formulierte Wachstumskritik schlossen Konzepte an, die von radikaler Schrumpfung der Wirtschaft über Effizienzsteigerungen bis hin zu Fragen der Suffizienz reichten. Glück und Wohlstand sollten zukünftig nicht quantitativ gemessen werden und dem Duktus des beständigen Wachstums unterliegen, sondern sich qualitativ definieren. Diese Positionen wurden hauptsächlich von NGO-Vertretern, wie Prof. Kai Niebert vom Deutschen Naturschutzring und Jennifer Morgen von Greenpeace International, auf den Panels formuliert. Diese nahmen dabei nicht nur die Art des Wirtschaftens, sondern auch den Konsum und die Konsumenten in den Blick.

„Wir suchen nach neuen Wegen, ein gutes Leben zu bauen, wo es nicht wichtig ist, wie viele Dinge du besitzt, sondern welche Beziehungen du hast, wo nicht der Profit der Firma wichtig ist, sondern Suffizienz.“⁴²

Sowohl Kai Niebert als auch Nico Paech (Universität Oldenburg) forderten ein radikales Schrumpfen der Wirtschaft, vor allem um die gesetzten ökologischen Ziele überhaupt erreichen zu können:

„Wir müssen in einer zukunftsfähigen Ökonomie dazu übergehen, nicht mehr von Geld allein abhängig zu sein, sondern eine duale Versorgung praktizieren. Das würde bedeuten, dass die Wirtschaft radikal schrumpft und das muss sie, sonst werden wir kein einziges ökologisches Ziel erreichen, und dass die verbleibende monetäre entlohnte Arbeitszeit so verteilt wird, dass einerseits Vollbeschäftigung besteht und andererseits nicht mehr auf dem Niveau von 40 Stunden die Woche. Und die freigestellte Zeit würden wir dann nehmen, dass wir die Dinge, die wir benutzen, reparieren und pflegen – dann brauchen wir auch weniger.“⁴³

Um diesen Herausforderungen geeignet zu begegnen, müssen aber nicht nur entsprechende Zukunftstechnologien und effizientere Wirtschaftsformen entwickelt werden, sondern neue Wohlstandsmodelle unter Berücksichtigung von Fragen der Gerechtigkeit, der Partizipation sowie demokratischer Entscheidungsfindung gefunden werden (Schäfer et al. 2015: 1). Dass der Transformationsprozess der Wirtschaft politisch begleitet und gerahmt werden muss, betonen sowohl Paech als auch Hans Werner Sinn, emeritierter Präsident am ifo Institut und Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München, gleichwohl er Paechs radikales Konzept von Suffizienz und Schrumpfung als Transformationspfad nicht teilt.

„Grundsätzlich braucht man natürlich den Staat, denn die Marktwirtschaft kann vieles, nur keine Umweltprobleme lösen. Ihr fehlt es ja an Koordinationsmechanismen. Das sind ja Externalitäten.“⁴⁴

⁴² „Und na ja, das ist halt das Gesellschaftsbild, so Kapitalismus passt da halt auch nicht rein, dieses Streben nach immer mehr, weil man braucht nicht so viel mehr.“ Jennifer Morgan im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel. Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

⁴³ Niko Paech, geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

⁴⁴ Hans Werner Sinn, geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

B.5.3. Wir brauchen einen weitreichenden gesellschaftlichen Bewusstseins- und Wertewandel
Umweltpolitik ist aufgrund ihrer Querschnittsfunktion mehr als alle anderen Politikbereiche auf die Unterstützung und aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Allerdings besteht oftmals eine große Diskrepanz zwischen Umweltbewusstsein und Umweltverhalten eines Menschen. Umweltschädliche Vorgehensweisen werden trotz Bewusstsein für die Schädlichkeit oft unreflektiert umgesetzt. Tatsächlich hat das Umweltbewusstsein in Deutschland in der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren nicht wesentlich an Relevanz gewonnen. In der Umweltbewusstseinsstudie von 2014 wurde von 19 Prozent der Befragten die Umwelt als eines der beiden aktuell wichtigsten Probleme genannt. In der Reihenfolge der einzelnen Politikfelder bleibt der Umweltschutz im Mittelfeld (Scholl et al. 2014: 20).

Dementsprechend war der Wunsch unter den befragten Besucherinnen und Besuchern des „Festivals der Zukunft“ hoch, das Bewusstsein für die Umwelt in der Bevölkerung zu erhöhen.

„Ich wünsche mir, dass wir uns vergegenwärtigen, dass wir nur diese eine Erde haben und nicht mehrere. Diese Bewusstwerdung, die müsste in die Gesellschaft transportiert werden.“

„Wichtig ist ein politisches Umdenken. Und ich meine, das Schwierigste daran ist natürlich auch ein Umdenken in den Köpfen aller Menschen.“

„Es gibt viele Länder, die darunter sehr stark leiden, weil wir zum Beispiel unseren Müll in diese Länder bringen, weil wir in diesen Ländern Kleider produzieren lassen und so weiter. Ich glaube, das ist vielen gar nicht bewusst, weil das noch nicht vor ihrer Haustür angekommen ist, das ist das Problem. Und da braucht es einfach viel mehr Bewusstsein dafür, dass wir mitverantwortlich sind.“

Das Bewusstsein für die Umwelt zu erhöhen sei allerdings erst der erste Schritt zu einer Umweltpolitik der Zukunft. Die Transformation hin zu einer Umweltpolitik der Zukunft umfasst einen kollektiven Such-, Lern- und Experimentierprozess hin zu einer neuen Gesellschaftsordnung mit neuen gesellschaftlichen Werten (John et al 2016: 32). Die konkreten Leitbilder der Vergangenheit sollen durch abstraktere abgelöst werden wie die große „sozial-ökologische Transformation“. Thema und Streitpunkt ist zunehmend nicht mehr, was umzusetzen ist, sondern wie eine Transformation gelingen kann. Lebens- und Konsumstile, wirtschaftliche und soziale Grundfragen der Industriegesellschaften und politische Institutionen müssen verändert werden, damit die planetaren Grenzen eingehalten werden können. Die Zustimmung und Akzeptanz der Gesellschaft sei Grundbedingung für diesen Prozess, so dass Umweltpolitik einen Wandel vollziehen muss, hin zu einer neuen UmweltLebens- und UmweltGesellschafts-Politik. Ein umfassender Wertewandel sei dazu notwendig. Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) mahnte auf dem Podium des Panels⁴⁵ deswegen:

„Die wirkliche Krise steht uns erst bevor und dafür müssen wir anderes denken und eine große Transformation einleiten.“

Die notwendigen Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung setzen einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel voraus, der nur durch eine Teilhabe der gesamten

⁴⁵ Geäußert im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel: Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

Gesellschaft zu erreichen sei. Der Bevölkerung als Entscheidungsträgerin sowie den Konsumentinnen und Konsumenten komme eine Schlüsselrolle hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung zu. Damit Bürgerinnen und Bürger sich den globalen und multiplen Krisen nicht ohnmächtig ausgeliefert fühlen und sie die komplexen Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt verstehen, seien Auseinandersetzungen mit zukunftsrelevanten Fragestellungen und deren Gestaltungsprozessen unerlässlich. Wichtig waren dabei für die befragten Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses Kommunikation und Offenheit.

„Wichtig ist, dass eine Kommunikation in der Form stattfindet, dass sich die Menschen global zusammensetzen, wo es nicht nach nationalen Interessen geht, sondern langfristig gedacht wird und dass es um unser aller Gesundheit und Welt geht und nicht kurzfristige Interessen im Vordergrund stehen.“

„In Bezug auf den Umweltschutz sollten die Leute akzeptieren, dass jeder mithelfen muss, dass man nicht irgendwie die Einstellung hat, ich als Einzelner kann nichts machen.“

„Ich glaube, nur Politik kann das auch nicht ändern, die Menschen müssen das ändern.“

Bewusstseins- und gesellschaftlicher Wertewandel wurden von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Festivals der Zukunft“ als Grundbedingung des Gelingens einer Umweltpolitik der Zukunft angemahnt. Die Relevanz der Gesellschaft kommt auch in einer der Kernbotschaften des Integrierten Umweltprogramms des BMUB zu Geltung, allerdings als ein wichtiger Transformationsbereich unter anderen:

„Um den umweltpolitischen Herausforderungen wirksam zu begegnen, sind grundlegende Veränderungen in Gesellschaft, Industrie und Landwirtschaft, Energie- und Ressourcennutzung, Verkehr und Infrastruktur unabdingbar (BMUB 2016a: 28).“

Die Gesellschaft als zentralen Treiber von Veränderung sah hingegen der Journalist und Autor Peter Unfried, denn er forderte,

„die Gesellschaft beauftragt eine Bundesregierung zu ernsthafter sozialökologischer Transformation.“

B.5.4. Umweltpolitik sollte die Bevölkerung als Change Agent begreifen und Partizipation fördern

In vielen Politikfeldern werden die Forderungen nach mehr Partizipation zunehmend lauter. Immer mehr politische Entscheidungsträger und Unternehmen erkennen den zusätzlichen Nutzen einer Zusammenarbeit mit einer interessierten Öffentlichkeit an. Durch den Austausch mit der Öffentlichkeit erhalten sie einen Einblick in die Bedürfnisse und Einschätzungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, können das Wissen der Menschen gezielter einbinden und Widerstände frühzeitig erkennen. Die Frage, was unter Partizipation bzw. Bürgerbeteiligung zu verstehen ist, wird je nach historischer Phase, gesellschaftspolitischer Einstellung und Erkenntnisinteresse unterschiedlich beantwortet.

Das Integrierte Umweltprogramm des Bundesumweltministeriums hat einen weitreichenden Bürgerbeteiligungsprozess angestoßen, dabei haben sogenannte Bürgerräte – professionell begleitete Kleingruppen – in einem langen Prozess Empfehlungen aus Bürgerperspektive erarbeitet (BMUB 2016d). Die Ergebnisse wurden prominent in das Programm mit aufgenommen (BMUB 2016a).

Mehr Partizipation forderten auch die interviewten Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses:

„Man muss den Leuten auf eine Nicht-Zeigefinger-Art-und-Weise sagen, warum es wichtig ist, dass Klimaschutz bei jedem Einzelnen anfängt. Und es nicht die Großen oben entscheiden oder die Politiker schon regeln werden, sondern, dass jeder Einzelne was tun kann. Darauf kommt es tatsächlich an, dass die Politik das versteht und versucht umzusetzen.“

Trotz vieler Studien zur Bürgerbeteiligung klafft nach wie vor eine große Lücke zwischen der Praxis, in der sich die Forderungen nach Partizipation in vielfältigen Planungsverfahren und Projekten durchgesetzt haben, und reflektierenden Analysen, die sich mit den Motiven des zivilgesellschaftlichen Engagements sowie demokratisierenden Wirkungen der unterschiedlichen Partizipationsprozesse befassen. Beispiel Energiewende: Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl war das Bewusstsein für einen Politikwandel in der deutschen Bevölkerung groß. Es bildeten sich beispielsweise bundesweit rund 400 Energiekomitees, die auf lokaler Ebene den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantrieben. Bis heute sind rund 1,4 Millionen Bürgerinnen und an Bürger Windkraftanlagen beteiligt. Gleichzeitig bilden sich viele Bürgerinitiativen gegen den Ausbau Erneuerbarer Energien, meist aufgrund einer NIMBY-Haltung (not in my Backyard, nicht in meinem Hinterhof), da sie Trassenausbau oder Windkraftanlagen in ihrer Wohnumgebung ablehnen. Visionen für den Weg und das Ziel werden den Beteiligten nicht ausreichend vermittelt. Das fanden auch die befragten Gäste des Debattenkongresses:

„Von der Politikebene muss man den Leuten Raum geben, an den Umweltschutz zu denken.“

„Wichtig ist, dass sich die Leute selbst in der Lage fühlen, etwas zu ändern, weil die Probleme teilweise so komplex sind oder zumindest so erscheinen, dass sich einzelne überfordert fühlen. Oder es wird ihnen das Wissen abgesprochen, wenn sie sich dazu äußern.“

Die Zivilgesellschaft als Change Agent zu begreifen und ernst zu nehmen, war eine wesentliche Forderung an die Umweltpolitik der Zukunft. Dabei ginge es darum, vor allem Kompetenzen zu vermitteln. Allerdings ist Kompetenz in Bezug auf die weitreichenden Probleme der Umweltpolitik mehr als nur Wissen (vgl. OECD 2005). Denn es geht um die Fähigkeit der Bewältigung komplexer Anforderungen. Dazu müssen zudem psychosoziale Ressourcen, wie kognitive Fähigkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen, herangezogen und eingesetzt werden.

B.5.5. Wir fordern gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit – national und international
Umweltgerechtigkeit betrifft neben den inter- und intragenerationellen Aspekten vor allem globale und lokale Verteilungsaspekte. Dabei handelt es sich insbesondere um räumliche und soziale Aspekte von Umweltbelastungen oder Umweltgütern. Die zunehmende

sozioökonomische nationale und vor allem globale Ungleichheit ist eine der größten Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung (WBGU 2016: 35). Das hat auch die G20-Staatengemeinschaft erkannt und Ungleichheit im G20-Kommuniqué von Hangzhou thematisiert (G20 2016). Vor allem in Bezug auf den Klimawandel wird die Ungleichheit offensichtlich: Die Folgen des Klimawandels treffen nicht die Verursacher in den westlichen Industrieländern, sondern am häufigsten die vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen, die sich in der Dritten Welt und in Schwellenländern befinden und zudem nicht über Mittel oder Möglichkeiten zur Klimaanpassung verfügen. Das merkte auch Holger Lösch⁴⁶ vom Bund Deutscher Industrie an:

„Die Zukunft des Klimaschutzes entscheidet sich nicht hier, die entscheidet sich in Asien, in Afrika.“

Der ehemalige Präsident der Republik Kiribati, Anote Tong⁴⁷ betonte bei der Bewältigung des Klimawandels vor allem eine ethische-moralische Komponente:

„Es gibt keine internationalen Regularien für die staaten- und generationsübergreifenden Emissionen. Das ist die moralische Herausforderung.“

Das zweite große Thema internationaler Ungleichheit ist der hohe Anteil an Hunger leidenden und mangelernährten Menschen. Im Wesentlichen beruht sie – global betrachtet – nicht auf ineffizienten Produktions- und Konsumpraktiken, sondern auf ungerechter Verteilung (WBGU 2011: 63). Betrachtet man allein Deutschland geht fast ein Drittel der Nahrungsmittel auf dem Weg vom Acker zum Verbraucher verloren oder wird weggeworfen. Das gilt auch für die weltweit produzierten Nahrungsmittel (FAO 2011). Eine gerechtere Verteilung mahnten dazu die befragten Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses an:

„Wir brauchen die Bereitschaft, etwas abzugeben von dem, was man meint, zum eigenen Wohlstand zu brauchen. Die Welt müsste gerechter werden.“

„The ones who pollute the most and take advantage the most of the economic system should be those who have to pay for the cleaning up.“

„Gut wäre, wenn die Menschen nicht mehr so für sich selbst sind, sondern auch an die anderen Menschen und an die Umwelt denken.“

Der hohe Ressourcenverbrauch in den Industrieländern und die „aufholende Industrialisierung“ vor allem der Schwellenländer haben Krisenphänomene vervielfacht. Während manche westlichen Industrieländer durch den Einsatz Erneuerbarer Energien sauberer produzieren können, werden die benötigten Ressourcen und die mit dem Abbau und der Förderung einhergehenden Umweltbelastungen für den entsprechenden Einsatz dieser technologischen Neuerungen den Entwicklungsländern überantwortet. Fehlende finanzielle Unterstützung und fehlende Vermittlung von Know-how verhindern zudem den Ausbau von Erneuerbaren Energien in Schwellen- und Entwicklungsländern.

⁴⁶ Geäußert im Panel: „Grünes Wachstum kontra Klimawandel: Wie nachhaltig ist ökologische Wirtschaftspolitik?“

⁴⁷ Geäußert im Panel: „Kriege, Hunger, Klimawandel. Kann Umweltpolitik 3.0 die Welt noch retten?“

Die Besucherinnen und Besucher des „Festivals der Zukunft“ wünschten sich im Interview dementsprechend,

„dass Politik in gesellschaftspolitischer Hinsicht dahingehend umgewandelt wird, dass die Menschheit insgesamt davon profitiert und nicht nur einige wenige Kapitalbesitzer“.

„Die Umweltbedingungen sind besser geworden. Der Wunsch wäre, dass das weltweit so wäre.“

„Friedlicher und gemeinsamer wünsche ich mir die Welt, dass die Menschen miteinander die Zukunft angehen und dass es mehr Kooperation, mehr Rücksichtnahme, mehr Miteinander gibt.“

Für die Umsetzung bleibt zu bedenken, dass jede umweltpolitische Maßnahme in Hinblick auf die Verteilungswirkung von Belastungen und Entlastungen gesellschaftlicher Gruppen unmittelbare gesellschaftspolitische Folgen hat (Diefenbacher et al. 2014). Die nationalen und internationalen Verteilungswirkungen sind auch ein Thema im Integrierten Umweltprogramm des Bundesumweltministeriums (BMUB 2016a: 35f, 101) mit dem Ziel, die internationalen von Deutschland ausgehenden Umweltwirkungen zu reduzieren und verstärkt Umweltgerechtigkeit herzustellen.

B.6. Wege und Instrumente

B.6.1. Konkrete Leitbilder und Visionen entwickeln

Das zentrale Leitbild einer Umweltpolitik der Zukunft ist das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Im Integrierten Umweltprogramm wird es mit Begriffen wie „fair“, „gerecht“, „sicher“, „modern“ und „umweltverträglich“ spezifiziert (BMUB 2016a: 16ff). Insgesamt bleibt die positive Beschreibung des Zukunftsszenarios noch unbestimmt. Eine Konkretisierung der Visionen und Leitbilder wird von den Besucherinnen und Besuchern des „Festivals der Zukunft“ als Strategie zur Umsetzung einer Umweltpolitik der Zukunft gefordert. In diesem Rahmen spielt Partizipation die zentrale Rolle, denn die konkrete Umsetzung soll von der Umweltpolitik nicht von oben verordnet, sondern durch diese begleitet werden. Die Rolle von Umweltpolitik ist dementsprechend die Rolle eines Moderators, eines Initiators oder eines Ideengebers in allen Schichten der Gesellschaft. Die Entwicklung konkreter Leitbilder sollte dabei Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Medien und andere Stakeholder gleichermaßen involvieren und integrieren, so dass partizipativ ein Querschnitt aller relevanter Akteurinnen und Akteure in Deutschland miteinbezogen wird. Die Integration der verschiedenen Akteurinnen und Akteure spielte dabei eine wesentliche Rolle, äußerte ein Besucher im Interview:

„Das Wichtigste wäre, dass man auch gerade in der Wirtschaft entsprechende Akzeptanz, entsprechende Träger, Innovatoren, Akteure ausmacht, um Visionen zu verorten und voranzutreiben, und zwar in allen Sektoren der Wirtschaft. Man muss darüber hinaus die Brückenfunktion und die Glaubwürdigkeit, die zivilgesellschaftliche Organisationen haben, die müsste man versuchen so einzubinden, dass sie sinnvoll diesen Prozess begleiten. Und die Politik wiederum müsste immer wieder Formate und entsprechende Ideen finden, damit deutlich wird, das ist nicht nur was, was

zwei, drei Jahre die Agenda bestimmt, sondern das Thema bestimmt langfristig die Agenda.“

Es ginge darum, machbare Alternativen und Visionen zu entwickeln, die politisch umsetzbar sind. Als Bottom-up-Prozess entwickelt, sollten die Leitbilder dann wieder in ihre thematischen politischen Umweltstrategien integriert werden. Wichtig sei dabei, die Dynamik des grundsätzlich partizipativen Prozesses offenzuhalten. Benno Pilardeaux vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sah für diesen offenen Prozess den Fokus auf den Städten:

„Stadtregierungen und Stadtgesellschaften sollten eine Art urbanen Gesellschaftsvertrag für die nachhaltige Entwicklung ihrer Stadt vereinbaren. Wie wollen wir zukünftig in unseren Städten leben? Orientierung kann dafür ein normativer Kompass bieten, der Ziele wie den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Teilhabe der Stadtbevölkerung und Freiraum für urbane Eigenart umfasst. Angesichts der Vielfalt von Städten und Stadtgesellschaften kann es dafür aber keine Blaupausen geben.“

Ziel dieses Prozesses sind wirkmächtige, im partizipativen Verfahren gewonnene konkrete gesellschaftliche und politische Leitbilder, die zur Orientierung einer Umweltpolitik der Zukunft dienen können. Partizipativ gewonnene Leitbilder unter Einbezug vieler verschiedener gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure sind eine geeignete Legitimation von Transformationen und tragen dementsprechend wesentlich zum Gelingen derselben bei.

B.6.2. Governance der Wirtschaft

Im Rahmen des „Festivals der Zukunft“ wurde mehrheitlich eine Umgestaltung der bestehenden Form des Wirtschaftens gefordert, um soziale Ungerechtigkeit auszugleichen und planetare Grenzen zu respektieren. Zur Umsetzung gab es verschiedene Anregungen und Ideen. Vehement gewünscht wurde die Erweiterung des Leitbildes der Deutschen Wirtschaft, des Bruttoinlandproduktes (BIP) oder die Neudefinition eines Wohlstandsindex als Maßstab für das Wohlergehen des Staates und der Gesellschaft. Von zahlreichen Stakeholdern wird das BIP schon seit einigen Jahren nicht mehr als geeigneter alleiniger Maßstab für den Wohlstand einer Gesellschaft angesehen. Verschiedene Organisationen, Politiker und Wissenschaftler arbeiten national und international an neuen Indikatoren, die Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität sinnvoller abbilden. In der schon genannten Ausarbeitung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages werden beispielsweise neun weitere Indikatoren, wie die Einkommensverteilung, Artenvielfalt und Lebenserwartung, zusätzlich zum BIP betrachtet (Giesselmann et al. 2013). Die Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit⁴⁸ brachte die auf dem Debattenkongress häufig formulierte Forderung auf den Punkt:

„Nicht nur das Bruttoinlandprodukt (BIP) als Gradmesser für Entwicklung und Wohlergehen erfassen, sondern stattdessen die W3-Indikatoren der Enquete Kommission Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität hinzuziehen.“

⁴⁸ Schriftliches Statement per E-Mail nach dem Debattenkongress.

Eine weitere Anregung betraf die Einforderung von mehr Transparenz bei Kosten von Umweltwirkungen bei Unternehmen. Diese sollten in der Wertschöpfungskette von Unternehmen für die Konsumenten sichtbar gemacht werden. Das formulierten einige interviewte Besucherinnen und Besucher auf dem Debattenkongress:

„Unternehmen müssen ihre Umweltwirkungen erfassen und nach außen kommunizieren.“

„Nicht nur der Preis einer Ware, sondern die gesamten Lebenszykluskosten (Produktion, Effizienz, Betrieb, Wartung, Entsorgung) müssen sichtbar gemacht werden!“

„Wir brauchen mehr Transparenz, also der Konsument muss mehr darüber informiert werden, was Unternehmen machen, damit er hinterfragen kann, warum sie so handeln. Und dafür kann die Politik die nötigen Programme anbieten und die nötigen Regelungen entwickeln.“

Es ginge vor allem darum, Konsumenten zu befähigen und es ihnen zu ermöglichen, gründlich abgewogene und nachhaltige Kaufentscheidungen zu treffen. In einem Beitrag via Twitter wurde diese Forderung ebenfalls aufgestellt und bestehende Schwierigkeiten wurden geschildert.

„Selbst, wenn man als Verbraucher etwas Gutes für die Umwelt tun will, ist es schwer, weil man auf vielen Produkten nicht erkennen kann, wie umweltschonend sie hergestellt wurden.“

Dazu seien politische Regularien notwendig. Das Bundesumweltministerium schlägt im Integrierten Umweltprogramm vor, künftig Angaben zu den verbrauchten Ressourcen in das Preisschild von Elektrogeräten mit aufzunehmen (BMUB 2016a: 51) Der Produktpreis soll so die tatsächlichen Umwelt- und gesellschaftlichen Kosten widerspiegeln. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sagte dazu auf dem „Festival der Zukunft“:

„Wir müssen es Verbrauchern erleichtern, eine nachhaltige Kaufentscheidung zu treffen.“⁴⁹

Denkbar sind auch zwei Preisschilder für Lebensmittel. Ein User schlug per Twitter ein Ampelsystem für umweltfreundliche Produkte vor. Die Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses sahen weiteren Handlungsbedarf und wünschten sich Transparenz über die Umweltwirkungen sowie praktikable und verständliche Ökobilanzen für alle Produktbereiche.

Die Transparenz der Umweltwirkungen bedeutete für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur einen ersten Schritt zur Internalisierung der externen Umweltkosten. Die Internalisierung nach dem Verursacherprinzip sei bislang nur rudimentär umgesetzt. Die Verursacher bekämen keine ausreichenden ökonomischen Anreize oder Hemmnisse, die Umweltbelastung zu senken. Um dem entgegenzutreten, wurde die Einführung und Verbesserung von ökonomischen Umweltpolitikinstrumenten gefordert. Ökonomische Umweltpolitikinstrumente sind Anreizsysteme und Subventionen für umweltverträgliche oder umweltfreundliche wirtschaftliche Praktiken auf der einen sowie Instrumente zur

⁴⁹ Geäußert in der Eröffnungsrede zum Debattenkongress.

Internalisierung externer Kosten wie Steuern und Abgaben auf der anderen Seite. Die interviewten Besucherinnen und Besucher des „Festivals der Zukunft“ forderten:

„Wir brauchen mehr Regulierung und müssen Anreize schaffen für Unternehmen, vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mehr unterstützen.“

„Wir fordern, Nachhaltigkeit ... gesetzlich zu integrieren, die Kontrolle der Ausschreibungen zu verbessern und Sanktionen für Beschaffungsverantwortliche oder Anreizsysteme für nachhaltige Beschaffung umzusetzen.“

„Hohe Besteuerung von umweltpolitisch unsinnigen Projekten durchsetzen.“

Vor allem zwei ökonomische Instrumente standen im Fokus der Diskussionen⁵⁰: der Emissionshandel und steuerliche Reformen. Die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform ist für Bundesumweltministerin Hendricks ein wesentlicher Baustein zur Verwirklichung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft (BMUB 2016a). Die ökologische Steuerreform trat in Deutschland 1999 in Form einer Energiesteuer mit der ersten Stufe in Kraft. Das deutsche Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) wurde ein Jahr später verabschiedet und ist bis heute in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien sehr erfolgreich. Klaus Töpfer⁵¹ betonte auf dem Eröffnungspanel die positive Wirkung des EEG als eine bahnbrechende Innovation:

„Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir eine Game-Changing-Technologie etabliert, das ist ein Grund, stolz zu sein.“

Die ökonomische und ökologische Effizienz ist hingegen umstritten (Ecologic 2005, DIW 2009). Zudem sind die zahlreichen Ausnahmeregelungen für die Industrie in der Kritik (Bach 2009). Auch zentrale Steuerungsprobleme wie Rebound-Effekte, Verlagerungseffekte oder Vollzugsprobleme wurden auf dem „Festival der Zukunft“ angemerkt, unter anderem von dem Ökonomen Hans-Werner Sinn⁵²:

„Das EEG führt zur Preissenkung der CO₂-Zertifikate und damit zum Bau von Kernkraftwerken in anderen europäischen Ländern. Das Mitbedenken der ökonomischen Wirkungsketten ist unerlässlich.“

Trotz der Kritikpunkte gehörten Umweltsteuern und umweltbezogene Abgaben für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Debattenkongresses zu den wichtigsten und wirksamsten Instrumenten einer Umweltpolitik der Zukunft, die den Wandel hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft befördern könnten und deswegen sorgfältig abgewogen und bedacht weiterentwickelt werden sollten.

Das zweite oft diskutierte ökonomische Instrument war der EU-Emissionshandel. Er begrenzt den CO₂-Ausstoß von ca. 11.000 Anlagen zur Stromerzeugung und einigen Industriesektoren in 27 europäischen Ländern. Sie emittieren gemeinsam ca. die Hälfte der europäischen CO₂-

⁵⁰ Geäußert in mehreren zentralen Panels, u.a.: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

⁵¹ Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

⁵² Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

Emissionen. Das System richtet sich nach dem Grundsatz des „cap and trade“. Die Höhe der Emissionen ist festgelegt, die Berechtigungen zum Ausstoß von Emissionen können frei gehandelt werden. Die Idee ist eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch „burden sharing“ in der Hoffnung, dass die Emissionen dort reduziert werden, wo die geringsten Vermeidungskosten entstehen. Das politische Regulierungselement ist seit den 1990er Jahren in Kraft und wird gemeinhin als erfolgreich betrachtet. Dies liegt jedoch weniger an den ökologisch oder ökonomisch positiven Wirkungen als an seinem ideellen Beitrag zu Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen und seinem Verweisungshorizont (Knoll 2013: 54) in Hinblick auf Möglichkeiten gerechter Umsetzung von Politik. Kritikpunkte sind vor allem die Ausnahmen für bestimmte Unternehmen und Industriezweige und die zu zahlreiche Ausgabe von Zertifikaten und die daraus resultierenden Folgen. Das betonte auch der Ökonom Hans-Werner Sinn⁵³ auf dem Podium:

„Die EU-Klimapolitik führte nicht zum CO₂-Rückgang. Das lag an der Preisentwicklung: Der niedrige Preis führte zu mehr statt zu weniger Verbrauch.“

Im Integrierten Umweltprogramm 2030 wird den konkreten Herausforderungen begegnet. Auf den Überschuss an Zertifikaten und die Niedrigpreisentwicklung soll mit dem Abbau von Zertifikaten reagiert werden, um ein höheres Preisniveau zu erreichen, da nur so die Wirksamkeit des Emissionshandels gewährleistet werden kann (BMUB 2016a: 56). Schließlich ist ein Zertifikatehandel insgesamt am sinnvollsten, wenn er nicht nur lokal (auf EU-Ebene) sondern international eingeführt würde, so der Ökonom Joachim Weimann⁵⁴ auf dem Debattenkongress:

„Das wäre ein Wunschtraum, dass es einen globalen Zertifikatehandel gibt. Das Klimaproblem können wir nur lösen, da sind sich die Ökonomen einig, wenn es einen globalen CO₂-Preis gibt. Es gibt zwei Möglichkeiten, den einzuführen. Das erste wäre eine globale CO₂-Steuer, das zweite ein globaler Emissionshandel. Ich halte dieses Instrument für hervorragend geeignet.“

B.6.3. Demokratie stärken und politische Teilhabe fördern

Die Stärkung politischer Teilhabe der Gesellschaft und demokratischer Strukturen und Institutionen sahen die Besucherinnen und Besucher des „Festivals der Zukunft“ als wichtige Aufgabe an. Vielerorts wurde die Glaubwürdigkeit formaler demokratischer Institutionen infrage gestellt.

„Mein Gefühl ist, dass viele Politiker nur Lippenbekenntnisse machen, wie es gerade für die nächsten Wahlen so passt, dass aber davon zu wenig wirklich umgesetzt wird.“

Neben der Stärkung der Glaubwürdigkeit formaler demokratischer Institutionen und Personen wie Wahlen, Parteien, Politiker und Parlamente standen informelle Institutionen im Mittelpunkt des Interesses. Das sind nicht verrechtlichte intersubjektiv geteilte Beziehungsstrukturen sowie Verhaltens- und Verfahrensweisen mit dem Ziel, politische Forderungen durchzusetzen. Basieren sie auf nicht verrechtlichten Regeln, Normen und

⁵³ Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

⁵⁴ Geäußert im Panel: „Zwischen Dosenpfand und Weltenrettung: Brauchen wir eine neue Umweltpolitik?“

Übereinkommen, handelt es sich gemeinhin um informelle Institutionen (Mayntz 1998: 56). Konkret sind das beispielsweise Bürgerbegehren, Unterschriftensammlungen sowie reale und in der neueren Zeit vor allem mediale Grassroots-Kampagnen. Auch klassische Lobbyarbeit gehört zu informellen Strukturen, denn sie ist ursprünglich eine am Gemeinwohl orientierte Interessenvermittlung mit dem Ziel, ihre Anliegen öffentlich zu machen und in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Leider ist der grundlegend positiv konnotierte Begriff in der deutschen Öffentlichkeit negativ besetzt. Lobbyarbeit wird dabei nicht als demokratisch wahrgenommen, sondern als organisierte Einflussnahme von Interessengruppen auf die Politik und zwar unter Bedingungen mangelnder Transparenz, da mit Lobbying der Versuch von Unternehmen und Verbänden verbunden wird, hinter verschlossenen Türen politische Entscheidungsträger zu beeinflussen. Diese Meinung herrschte auch unter den interviewten Besucherinnen und Besuchern des Debattenkongresses:

„Es gibt zu viele Lobbys, also die falschen Lobbys, sagen wir mal so.“

„Ich glaube, dass Grassroots-Bewegungen super wichtig sind und dafür ist es wichtig, dass unsere Politiker sich von den großen Industrien emanzipieren. Vieles ist so gelddominiert, denn alle großen Industrien haben viel Einfluss auf das, was passiert.“

„Es wäre wichtig, dass der Druck von den Lobbyisten gebrochen wird.“

Gewünscht wurden Maßnahmen, die die Praxis der Einflussnahme auf konkrete politische Schritte durch die Industrie eindämmen und somit illegitime Aktionsformen und Auswüchse des Lobbyismus verhindern. Zugleich sollten die informellen Institutionen gefördert und unterstützt werden. Tatsächlich wachsen die informellen Strukturen ohnehin seit einigen Jahren, wie beispielsweise die Bewegung gegen Stuttgart 21 oder das Entstehen von Online-Kampagnen-Organisationen wie *Campact* zeigen. Durch das Internet sind zahlreiche neue Möglichkeiten entstanden, sich politisch zu beteiligen, und einige Kampagnen weisen hohe Mobilisierungsraten auf. Hier gilt es real und medial politische Handlungskorridore für die effektive Teilhabe von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen an demokratischen Prozessen zu bahnen. Letztendlich ist der entscheidende Schritt jeder politischen Teilhabe der Gesellschaft der Übergang in einen politischen Umsetzungsprozess. Hier gelte es, grundsätzliche politische Möglichkeiten und Legitimationen für die sich beständig im Wandel befindlichen informellen Institutionen und Strukturen zu schaffen. Zusätzlich sei auch eine aktive Rolle der Politik als Top-down-Strategie gefragt. Sie sollte Bürgerbeteiligungen bei Gesetzgebungen oder strategischen Politikpapieren aktiv als Vorreiter in die Prozesse integrieren. Gute Beispiele sind hierfür die Beteiligungsprozesse beim Klimaschutzplan 2050, dem Ressourceneffizienzprogramm und beim Integrierten Umweltprogramm 2030.

B.6.4. Vom Wissen zum Handeln – Bildung, Forschung und Innovationen fördern

Wissen und Kompetenzen sind zentrale Voraussetzungen zur Gestaltung gesellschaftlichen Wandels in einer Umweltpolitik der Zukunft (Büttner et al. 2015: 22). Bildung und Forschung spielen damit eine Schlüsselrolle in der Befähigung, eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu vollziehen. Entscheidender Faktor dabei ist die Übertragung des Wissens ins Handeln, denn bislang besteht zwischen beidem oftmals eine kognitive Dissonanz, so dass trotz des Wissens um die Notwendigkeit des Handelns keine Umsetzung ins Handeln oder eine Veränderung des Verhaltens stattfindet (Leggewie, Welzer 2010). Die

Lücke zwischen Wissen und Handeln zu schließen ist eine äußerst wichtige Aufgabe für die befragten Besucherinnen und Besucher des „Festivals der Zukunft“:

„Ich habe einfach das Gefühl, dass es eine Wissenslücke gibt. Und ich frage mich gerade, woran liegt das? Es gibt so viele verschiedene Informationen, Initiativen, Tools, Frameworks und so weiter, aber es kommt trotzdem nicht zur Umsetzung, um die es aber geht.“

Für eine nachhaltige Bildungs-, Lern- und Wissenskultur reichen Wissen und Problembewusstsein allein nicht aus, um die Lücke zu schließen und die Relevanz des Handelns sowie die Notwendigkeit, es real umzusetzen, zu erkennen. Es müssen im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung Gestaltungs- und Handlungskompetenzen (de Haan, Harenberg 1999) vermittelt werden. Dazu benötigen wir in Universitäten und Schulen neue Konzepte, die das komplexe und abstrakte Thema Nachhaltigkeit transdisziplinär und praxisorientiert umsetzen. Nur wenn Praxis und Handlungsbezug ganzheitlich in die Lern- und Lehrkultur integriert wird, entwickle sich langfristig und nachhaltig eine Kompetenz, die zur Umsetzung des Wissens in Handeln befähigt. Dazu wird neben einem Ausbau des Bildungsangebots ein grundlegender Wandel von Schule und Universitäten notwendig: Praxisorientierung und Handlungsumsetzung sollten strukturell in der Lehr- und Lernkultur verankert werden. Modellvorhaben, Best-Practice-Beispiele, innovative Methoden und zukunftsorientierte Technologien sind dafür ebenso wesentliche transdisziplinäre Elemente wie der Austausch von Wissen und Kompetenzen über alle möglichen institutionellen und außerinstitutionellen Lernorte hinaus. Das betonte auch ein Statement aus dem Workshop der Northwest Atlantic Fisheries Organization auf dem Debattenkongress:

„Verschiedene Wissensformen und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und nicht-akademisch institutionalisierten Akteurinnen und Akteuren sind in der Gesellschaft, Politik und Wissenschaft methodisch anerkannt. Um diese Vision zu verwirklichen, müssen die Finanzierungs- und Evaluationsstrukturen und -kriterien sowie die Förderdauer von Projekten an die Erfordernisse inter- und transdisziplinärer Forschung angepasst werden. Auch die Zusammenarbeit von umweltpolitischen und wissenschaftspolitischen Akteuren sollte verstärkt und eine langfristige Zusammenarbeit von Biodiversitätsforschung und Schulen etabliert werden.“

Als ein weiteres wichtiges Feld wurde zudem die Innovationsförderung gesehen. Innovationen werden aufgrund ihres Charakters oft als etwas Neues, Komplexes und Unsicheres wahrgenommen. Ihnen wird aus diesem Grund häufig mit Skepsis begegnet. Hier gelte es, Innovationen mit Modellcharakter zu fördern, in die Praxis zu überführen und positiv zu konnotieren. Neben technischen Innovationen sei der Fokus auf soziale Innovationen zu legen, da sie im Bereich der Umweltpolitik großes Potenzial besitzen, Lösungen für den transformativen Wandel anzubieten.

Bislang wurde in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik die Bedeutung der Bildung und Forschung vernachlässigt. Es gibt gute Ansätze, das Bewusstsein für deren Relevanz zu erhöhen (BMUB 2016a und Büttner et al. 2015), ein erster Schritt zur Umsetzung einer neuen Lern- und Lehrkultur. Nicht zu vergessen ist in diesem Kontext die monetäre

Notwendigkeit, die häufig auf dem „Festival der Zukunft“ geäußert wurde, wie ein Besucher im Interview sagte:

„Wir müssen mehr Geld investieren in Bildung und Forschung.“

B.6.5. Positives Image befördern – Kommunikation verbessern

Die 30-jährige Geschichte der Umweltpolitik ist eine Geschichte vieler Erfolge und Herausforderungen. Es wurde ein geschlossenes System umweltrechtlicher Vorschriften geschaffen, das die Ressourcen schützt und einen sorgsamen Umgang mit ihnen erfordert. Mit dem Integrierten Umweltprogramm liegt ein programmatischer Entwurf für einen integrierten und präventiven Politikansatz vor, bislang oft als fehlend kritisiert (Pehle 1998). Dennoch hat Umweltpolitik ein teils negatives Image, da sie in der Öffentlichkeit als Folge massiver Umweltschäden wahrgenommen wird und bis heute aufgrund dieser agiert (Jänicke 1990: 221). Miranda Schreurs, Professorin an der Technischen Universität München fasst dieses Argument wie folgt zusammen:

„I get worried sometimes for young people because if you look around the world and if you read the media you get a lot of dark stories. Climate change, temperature increases, biodiversity loss, loss of tropical rain forest, population explosion, acidification of the oceans, plastic in the oceans. I can imagine that a lot of young people hear about that and get rather scared. And I think that it is really important that we say, these are big and important problems but they are also problems out of which we can find new approaches to how we live. Why not take these problems and use them as a way to finding better solutions, new technologies, new cooperative ways of doing things and actually making a nicer better world?“

Die Betonung der positiven Interpretation der Möglichkeiten von Umweltpolitik und nachhaltigem Verhalten stehen beim Integrierten Umweltprogramm nicht im Fokus, aber im Bürgergutachten zum Programm (BMUB 2016d). Die positive Betrachtung sollte auch nach dem Verständnis der Besucherinnen und Besucher des Debattenkongresses im Vordergrund stehen:

„Nicht so viel problematisieren, sondern Themen, die Spaß machen!“

„Auch mal die Vorteile aufzeigen, also Kostenvorteile beispielsweise. Wenn man zum Beispiel sein Haus saniert, kostet das erst mal Geld, aber dann kann man Energie und Geld einsparen und dadurch nachhaltig handeln.“

„Wir sollten viel Öffentlichkeitsarbeit dafür machen und die Menschen mit einem Lächeln im Gesicht überzeugen. Positiv herangehen, dass sie Lust bekommen, mitzumachen.“

„Wir brauchen einen energischen Wurf nach vorn, Umweltschutz kann doch auch Spaß machen und lebensfroh sein!“

2. Verwertbarkeit der Ergebnisse

Der dialogorientierte Debattenkongress zeigte sich als inspirierender Konvent internationaler Experten und Expertinnen der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik und der Wissenschaft und ist als Erfolg zu werten. Die Fachdebatte über die Entwicklung der Umweltpolitik seit 1986 wurde intensiv, fantasievoll, kreativ und kontrovers geführt. Wie in einem Kaleidoskop machte das „Festival der Zukunft“ deutlich, dass Umweltpolitik von einem breiten gesellschaftlichen Interesse und von vielen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren getragen wird. Unter der Beteiligung von einschlägigen Verbänden, Initiativen sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Wissenschaft und Umweltpolitik wurden Impulse für eine Umweltpolitik der Zukunft aufgezeigt und diskutiert.

Die große Anzahl von 123 Mitgestaltern des Debattenkongresses bestätigte, dass sich ein vielfältiges Spektrum von Stakeholdern für Umweltpolitik interessiert und einsetzt. Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Verbänden, Initiativen, Kirche, Presse, Wirtschaft bis hin zu Staat und Kommunen waren auf dem „Festival der Zukunft“ präsent. Die insgesamt 144 kleinen und großen Veranstaltungen boten hochkarätige, spezifische, qualifizierte und ungewohnte Einblicke in die zahlreichen umweltpolitischen Fragestellungen der Gegenwart und Zukunft.

Die Gesamtschau der beteiligten Stakeholder zeigte aber auch, dass nicht alle relevanten Akteurinnen und Akteure für die Veranstaltung gewonnen werden konnten. Insbesondere die Gewerkschaften, die kommunalen Verbände aber auch Universitäten und Hochschulen waren nicht auf dem „Festival der Zukunft“ vertreten.

Mit über 6.000 Teilnehmern war das Debattenkongress an zwei heißen Septembertagen gut besucht. Auffällig war die hohe Anzahl an Zugriffen auf die Kongresswebseite, die Twitteraktivitäten und die intensive Nutzung der Livestream-Angebote. Diese zeugten von konstantem und regem Interesse an den Inhalten der Veranstaltung.

Inhaltlich fokussierte das „Festival der Zukunft“ auf Themen, Visionen, Herausforderungen und Wege in eine Umweltpolitik der Zukunft. Dazu wurden in der Studie die Statements der Besucher, Referenten und Podiumsredner der Veranstaltung gesammelt, thematisch geordnet und im inhaltlichen Fachkontext analysiert. Trotz der eingeschränkten wissenschaftlichen Repräsentativität boten die Statements die Möglichkeit, ungefilterte, vielfältige und spontane Antworten auf die zentralen Fragestellungen des Debattenkongresses zu bekommen. Die Ergebnisse der explorativen Studie zeigen in großen Teilen Übereinstimmungen mit den Themen, Herausforderungen und Wegen, die im Integrierten Umweltprogramm 2030 des Bundesumweltministeriums genannt werden (BMUB 2016a). Mit dem Bewusstsein der multiplen Krisen unserer Zeit, wie dem Klimawandel, dem Verlust der Biodiversität, der Finanzkrisen und der steigenden Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und Süden, gehen die politischen Schritte, Visionen und Forderungen jedoch teilweise weit über die Forderungen des IUP hinaus und orientieren sich eher am Bürgergutachten zum Umweltprogramm, das ebenfalls weitreichendere Forderungen stellt (BMUB 2016d).

Konsens besteht insbesondere darin, dass vor allem Grundbedingungen unserer Gesellschaft auf dem Prüfstand stehen, d.h. unser Art des Wirtschaftens, Arbeitens, unsere gesellschaftlichen Werte, unsere Konsum- und Lebensstile und unser Handeln. Um die strukturellen, komplexen, ineinandergreifenden und sich bedingenden Herausforderungen

zu adressieren, fordern viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Festival der Zukunft“ eine (Umwelt-)politik, die eine Transformation der Gesellschaft und eine Partizipationskultur umsetzt. Diese sozial-ökologische-ökonomische Transformation erfordert ein neues Paradigma der Umweltpolitik, hin zu einer Umwelt*Lebens*Politik oder Umwelt*Gesellschafts*Politik.

Die Ergebnisse des Debattenkongresses können in Zukunft als Grundlage für Ableitungen der programmatischen Ausrichtung der deutschen und europäischen Umweltpolitik unter Berücksichtigung der Themenfelder Bauen und Stadtentwicklung genutzt werden und bieten eine zusätzliche inhaltliche Basis der legislativen und exekutiven Arbeit des BMUB.

Das „Festival der Zukunft“ ist als Veranstaltung zum 30. Jahrestag der Gründung des Bundesumweltministeriums eine singuläre und abgeschlossene Veranstaltung, die keine nächste Phase der Umsetzung erfordert. Dennoch bieten die Erfahrungen wertvolle Strategien und Ideen für die Zukunft. Mit diesem Forschungsvorhaben und der wissenschaftlichen Dokumentation werden maßgeblich Impulse für eine Fachdebatte über die Entwicklung der Umweltpolitik seit 1986 und insbesondere über mögliche neue Entwicklungsperspektiven unter Beteiligung von einschlägigen Verbänden, Initiativen sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Umweltpolitik gegeben. Die auf dem Debattenkongress dargebotenen Inhalte dienen in der Dokumentation als Grundlage für Ableitungen der programmatischen Ausrichtung der deutschen und europäischen Umweltpolitik unter Berücksichtigung der Themenfelder Bauen und Stadtentwicklung. Damit kann zum einen eine zusätzliche inhaltliche Fundierung der legislativen und exekutiven Arbeit des BMUB erreicht werden und zum anderen können erhebliche Impulse für eine Umweltpolitik von morgen in der wissenschaftlichen Fachwelt wie auch bei Verbänden und Initiativen angestoßen werden. Innovatorische Schritte wären, auf Grundlage der Ergebnisse weitergehende Forschungen zu Hemmnissen und Möglichkeiten der Transformation einer Umweltpolitik der Zukunft zu unternehmen.

Als Veranstaltung ist das „Festival der Zukunft“ in Deutschland einmalig und besitzt in seiner Form innovativen Vorbildcharakter hinsichtlich der inhaltlichen und organisatorischen Umsetzung, sowie in Hinblick auf eine nachhaltige Umsetzung der Veranstaltung. Die inhaltlichen Ideen und Strategien können für jede weitere große Veranstaltung des BMUB ab sofort genutzt werden.

Zudem ist das „Festival der Zukunft“ eine der wenigen Großveranstaltungen in Deutschland, die nach EMAS zertifiziert wurden. Zudem ist es nach der Zertifizierung der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity-CBD) die zweite Großveranstaltung, die auf Behördeninitiative hin nach EMAS zertifiziert wurde. Die Erkenntnisse und Erfahrungen des Zertifizierungsprozesses fließen nun in folgende geplante und angedachte Zertifizierungen. Zudem ist ein Leitfaden für nachhaltige Veranstaltungen und EMAS-Zertifizierungen angedacht, der die Ergebnisse für andere Events übertragbar machen soll.

3. Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen

Dem AN sind während der Durchführung des FE-Vorhabens keine Fortschritte auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen bekannt geworden.

4. geplante Veröffentlichungen

Die wesentlichen Ergebnisse des Debattenkongresses wurden in einer wissenschaftlichen Dokumentation durch das BMUB veröffentlicht. Dieser Bericht wird ein Desideratum in der einschlägigen umweltwissenschaftlichen bzw. politik- und sozialwissenschaftlichen Literatur sein. Denn die Verbindung einer Retrospektive umweltpolitischer Programme und Initiativen der vergangenen Jahrzehnte mit einer Vorausschau künftiger Handlungsfelder einer integrierten Umwelt- Baupolitik ist noch nicht geleistet worden. Die Dokumentation und der Abschlussbericht bieten somit erhebliches Potential für Forschungseinrichtungen, Behörden und andere Interessierte, inhaltliche Impulse einer Umweltpolitik von morgen kritisch zu hinterfragen und positiv weiter zu entwickeln.

Desweiteren werden die Dokumentation und der Abschlussbericht auf dem Dokumentenserver der Freien Universität Berlin und auf der Webseite des FFU veröffentlicht. Die Dokumentation und der Abschlussbericht werden durch den FFU-Newsletter bekannt gemacht.

Literaturverzeichnis

Bach, S. 2009: Zehn Jahre ökologische Steuerreform: Finanzpolitisch erfolgreich, klimapolitisch halbherzig. Wochenbericht des DIW Berlin 14/2009.

Bracher, T.; Gies J.; Thiemann-Linden J. et al. 2014: Umweltverträglicher Verkehr 2050: Argumente für eine Mobilitätstrategie für Deutschland. Umweltbundesamt (Hrsg.). Dessau-Roßlau.

Büttner, H.; Zahrnt, D.; Jacob, K. et al. (Forschungszentrum für Umweltpolitik) 2015: Zentrale Handlungsfelder für eine transformative Umweltpolitik. Teilbericht 4 des Projektes „Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050 – Wie wollen wir in Zukunft leben?“. Umweltbundesamt (Hrsg.).

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.) 2016: Landwirtschaft verstehen. Fakten und Hintergründe. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) 2016a: Den ökologischen Wandel gestalten. Integriertes Umweltprogramm 2030. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2016b: Klimaschutzplan 2050.

http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf, abgerufen am 12.2.2017.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2016c: Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) 2016d: Bürgergutachten zum Integrierten Umweltprogramm 2030. Gesamtdokumentation. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Berlin.

Bundesregierung (Hrsg.) 2016: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Stand: 1. Oktober 2016, Kabinettsbeschluss vom 11. Januar 2017. Frankfurt (Main).

Bundesregierung (Hrsg.) 2017: Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Berlin.

Chemnitz, C.; Luig, B.; Rehmer, C. et al. 2017: Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Berlin.

Chemnitz, C. 2016: Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. Deutschland regional. Berlin.

Cludius, J.; Hermann, H. 2014: Die Zusatzgewinne ausgewählter deutscher Branchen und Unternehmen durch den EU-Emissionshandel. Berlin.

De Haan, G.; Harenberg, D. 1999: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Gutachten zum Programm. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung. Bund-Länder-

Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (Hrsg.). Freie Universität Berlin. Bonn.

Diefenbacher, H.; Duewell, M.; Philips, J. et al. 2014: Konzepte gesellschaftlichen Wohlstands und ökologische Gerechtigkeit. UBA.

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/konzepte-gesellschaftlichen-wohlstands-oekologische>, abgerufen am 12.01.2015.

DIW Berlin (Hrsg.) 2009: Zehn Jahre ökologische Steuerreform. Wochenbericht 14/2009. Berlin.

Ecologic (Hrsg.) 2002: Ökosteuer – Stand der Diskussion und der Gesetzgebung in Deutschland, auf der EU-Ebene und in den anderen europäischen Staaten. Berlin.

Ecologic (Hrsg.) 2005: Die ökologische Steuerreform – Auswirkungen auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation. Berlin.

Emunds, B.; Merkle, E. (Hrsg.) 2016: Umweltgerechtigkeit. Von den sozialen Herausforderungen der großen ökologischen Transformation. Die Wirtschaft der Gesellschaft. Band 2. Marburg.

Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hrsg.) 2015: FAO Statistical Pocketbook 2015. Rome. <http://www.fao.org/3/a-i4691e.pdf>, abgerufen am 12.2.2017.

Giesselmann, M.; Hilmer, Richard; Nico A. et al. 2013: Alternative Wohlstandsmessung: Neun Indikatoren können das Bruttoinlandsproduktergänzen und relativieren. DIW-Wochenbericht. Vol. 80, Iss. 9. S. 3-12.

Hauff, V. 1987: Unsere gemeinsame Zukunft – der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Greven (Original: WCED: Our Common Future; Oxford 1987).

Hütter, A. 2013: Verkehr auf einen Blick. (Hrsg.) Statistisches Bundesamt. Wiesbaden.

Jacob, K.; Wolff, F.; Graaf, L. et al. 2016: Dynamiken der Umweltpolitik in Deutschland: Rückschau und Perspektiven. Zwischenbericht. In: Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.). Texte 70/2016. Dessau-Roßlau.

Jänicke, M. 1990: Erfolgsbedingungen von Umweltpolitik im internationalen Vergleich. FU Berlin.

John, R.; Jaeger-Erben, M.; Rückert-John, J. 2016: Elusive Practices: Considerations on limits and possibilities of environmental policy for sustainable consumption. Environmental Policy and Governance 26 (2). S 129-140.

Knoll, L. 2013: Die Kontinuierung des Emissionshandels. Ein öffentlicher Kompromiss und seine Bruchstellen. In: Langenohl, A.; Wetzels, D.J. (Hrsg.): Finanzmarktpublika. Moralität, Krisen und Teilhabe in der ökonomischen Moderne. Wiesbaden.

- Köpl, P. 2006: Lobbying und Public Affairs – Beeinflussung und Mitgestaltung des gesellschaftspolitischen Unternehmensumfeldes. In: Schmid, B. F.; Lyczek, L. (Hrsg.): Unternehmenskommunikation. Wiesbaden.
- Leggewie, K.; Welzer, H. 2010: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Frankfurt (Main).
- Liebert, U.; Lauth, H.-J. 1999: „Do Informal Institutions Matter?“ Informelle Institutionen in der interkulturell vergleichenden Partizipations- und Demokratisierungsforschung. In: Liebert, U.; Lauth, H.-J. (Hrsg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratienvergleich. S. 11-36.
- Mayntz, R. 1998: Informalisierung politischer Entscheidungsprozesse. In: Görlitz, A.; Burth, H-P. (Hrsg.): Informale Verfassung. Baden-Baden. S. 55–65.
- Meadows, D. et al. 1972: Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (Originaltitel: The limits to growth, übersetzt von Hans-Dieter Heck). Stuttgart.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2005: Definition und Auswahl von Schlüsselkompetenzen.
<http://www.oecd.org/dataoecd/36/56/35693281.pdf>, abgerufen am 12.2.2017.
- Paech, N. 2012: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München.
- Pehle, H. 1998: Das Bundesumweltministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: ausgegrenzt statt integriert? Das institutionelle Fundament der deutschen Umweltpolitik. Wiesbaden.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) 2007: Umweltverwaltungen unter Reformdruck. Herausforderungen, Strategien, Perspektiven. Sondergutachten. Berlin.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) 2009: Zwischen Wissenschaft und Politik. 35 Jahre Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Erich Schmidt Verlag.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) 2012: „Verantwortung in einer begrenzten Welt“. Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen. Erich Schmidt Verlag.
- Schäfer, M.; Mann, C.; Rückert-John, J. et al. 2015: Umwelt- und Naturschutzpolitik – Konzepte und zukünftige Herausforderungen. Umweltbundesamt Reihe Texte 94/2015. Dessau.
- Scholl, G.; Gossen, M.; Holzhauser, B. et al. 2014: Umweltbewusstsein in Deutschland 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Umweltbundesamt (Hrsg.). Dessau.
- Sebaldt, S. 2007: Strukturen des Lobbyings: Deutschland und die USA im Vergleich. In: Kleinfeld, R; Zimmer, A.; Willems, U. (Hrsg.): Lobbying: Strukturen, Akteure, Strategien. Wiesbaden.

Simonis, Udo E. 2006: Umweltpolitik – ein lexikalisches Stichwort. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. 4. Aufl., München. S. 520-524.

Speth, R. 2013: Grassroots-Campaigning: Ein neues Instrument der Mitglieder-, Wähler- und Konsumentenbindung? Berlin.

UNCED 1992: A Guide to Agenda 21. United Nations Commission on Environment and Development. Genf.

Vagedes & Schmidt 2016: Auswertung der Besucherumfrage. Kongress der Zukunft. Unveröffentlicht.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) 2016: Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: Die vier großen I. Sondergutachten. Berlin. WBGU.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) 2011: Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Berlin. WBGU.

http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf, abgerufen am 12.01.2016.

Wehrspaun, M.; Schack, K. 2013: Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik. In: Rückert-John, J. 2013 (Hrsg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit: Perspektiven sozialen Wandels. Innovation und Gesellschaft. Frankfurt a. Main. S. 19-32.

Welzer, H. & Wiegandt, K. (Hrsg.) 2013: Wege aus der Wachstumsgesellschaft. Frankfurt a.M.

Welzer, H. 2013: Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorisches Projekt. In H. Welzer, H. & Wiegandt, K. (Hrsg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft. Frankfurt a.M. S. 35-59.

WWF Deutschland 2016: Living Planet Report. Kurzfassung. Berlin.

Anhang

Akteurinnen und Akteure des „Festivals der Zukunft“

Staatliche und kommunale Akteure	Anzahl Beiträge	Stand
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung mit Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	3	✓
Bundesamt für Naturschutz		✓
Bundesamt für Strahlenschutz	2	✓
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Geschäftsbereich Bundesforst	1	✓
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	13	✓
Bundeszentrale für politische Bildung	1	
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	3	✓
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit	2	✓
Hamburger Klimawoche	1	✓
Hessenagentur GmbH	1	
Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende	1	
Thünen-Kompetenzzentrum Holzherkünfte		✓
Umweltbundesamt/Blauer Engel	2	✓
Umweltgutachterausschuss	2	✓
Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltfragen	1	✓
Zweites Deutsches Fernsehen	2	

Wissenschaftliche Akteure	Anzahl Beiträge	Stand
Adelphi	2	✓
Forschungszentrum Jülich	1	
Fraunhofer Institut für Biomedizinische Technik IBMT		✓
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung	3	✓
Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde		✓
Humboldt Universität zu Berlin/Geografisches Institut/ Klimageografie		✓
Humboldt Universität zu Berlin/Seminar für Ländliche Entwicklung	1	
Institute for Sustainability and Future e. V.	2	
Museum für Naturkunde Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung	1	
Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung		✓
Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Chance	5	

Umweltpolitische Verbände & Initiativen	Anzahl Beiträge	Stand
ABA Fachverband – Arbeitsgruppe Draußenkinder	2	✓
Agroforstkampagne	2	✓
Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V.		✓
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V.		✓
Allianz pro Schiene e. V.	3	

Bildungscent e. V.	1	
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.		✓
BUND e. V.	2	✓
Bundesvereinigung Nachhaltigkeit e. V.		✓
BUNDjugend Bundesverband	1	
Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Gebiet um den Frankfurter Flughafen präsentieren ihre Forderungen	2	✓
Conservation International	2	✓
Deutsche Meeresstiftung	2	✓
Deutsche Umwelthilfe e. V.		✓
Deutscher Naturschutzring	1	
Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	1	✓
Deutscher Wanderverband	2	
EcoMujer e. V.		✓
Energieavantgarde Anhalt	2	
EUROPARC Deutschland e. V.		✓
Fahrtziel Natur		✓
filia. die Frauenstiftung		✓
Forum Umwelt und Entwicklung	1	
genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit	1	✓
gender cc – Woman for Climat Justice e. V.	1	✓
Germanwatch e. V.	1	
Global Natur Fund	2	
Heinrich-Böll-Stiftung e. V.		✓
Heinz Sielmann Stiftung	1	✓
Kampagne Meine Landwirtschaft	1	✓
Klima Allianz Deutschland	1	
LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e. V.		✓
muntraub.org	1	✓
NaturFreunde Deutschlands e. V.	3	✓
Naturfreundejugend Deutschlands e. V. ⁵⁵		
Naturschutzbund Deutschland e. V.	1	✓
Naturschutzjugend	2	
Nuclear alla Turca – Ein Dokumentarfilm im Werden	1	
Nuclear-Free Future Award Foundation	2	
Oro Verde – Die Tropenwaldstiftung	1	
Oxfam Deutschland e. V.		✓
Pestizid Aktionsnetzwerk e. V.	2	✓
re:publica	1	
Stiftung Naturschutz Berlin		✓
Team Energieberatung Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.		✓
Transistion Netzwerk e. V.	1	✓
Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V.	2	

⁵⁵ Veranstaltung gemeinsam mit der BUNDjugend Bundesverband

uranium-network.org ⁵⁶		
VEBU e. V.	1	✓
Verband Deutscher Naturparke e. V.	1	✓
Verkehrsclub Deutschland e. V.	1	✓
Viva con Agua Sankt Pauli e. V.		✓
Volksentscheid Fahrrad	1	✓
WISE Uranium Project ⁵⁷		
Woman in Europe for a Common Future e. V.	3	✓
WWF	6	✓
Zukunft selber machen! Junge Nachhaltigkeitsideen e. V.		✓

Kirchliche Akteure	Anzahl Beiträge	Stand
36. Deutscher Evangelischer Kirchentag Berlin 2017 e. V.	1	✓
Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirchen in Deutschland	2	✓
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. ⁵⁸		
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands	1	
Klima-Kollekte gGmbH		✓
MISEREOR e. V.	1	✓
Projektbüro Klimaschutz Evangelische Kirche in Deutschland	1	

Wirtschaftliche Akteure	Anzahl Beiträge	Stand
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände	1	
atmosfair gGmbH		✓
B.A.U.M. e. V.	3	✓
Bike Citizens Germany GmbH		✓
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.		✓
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	1	✓
Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen		✓
CDP Worldwide gGmbH	1	✓
Climate-KIC GmbH		✓
Cozydunes		✓
Deutsche Bahn AG		✓
Ebee Smart Technologies GmbH		✓
EUROSOLAR Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e. V.		✓
Futurestrategy ⁵⁹		
Green Music Initiative	1	
Internationales Design Zentrum Berlin	1	

⁵⁶ Veranstaltungen gemeinsam mit der Nuclear-Free Future Award Foundation

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Veranstaltung gemeinsam mit dem Projektbüro Klimaschutz Evangelische Kirche in Deutschland

⁵⁹ Veranstaltung gemeinsam mit dem Internationalen Design Zentrum Berlin

Koopbau c./o. BFW Bau Sachsen		✓
Metro Group	2	✓
MINT-Engineering GmbH	3	✓
openBerlin Cisco Innovation Center	1	
SonnenCityProjekte	1	
Tilia GmbH	1	
UnternehmensGrün e. V.	1	✓
VDMA-Initiative Blue Competence	1	
WeiberWirtschaft eG	1	✓
Weischer.Media	1	
ZMI Software und Beratung		✓

Presse	Anzahl Beiträge	Stand
Der Freitag	1	✓
Deutschlandradio		✓
Deutsche Welle	3	
oekom verlag	1	
taz. die tageszeitung	1	✓

Programm